

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publicationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publicationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands
„Grundstein zur Einigkeit.“

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgebühr bei Auslieferung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen die dreigepasteten Zeitzeile oder deren Raum: 15 fl. — Poststatalog Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Was Alles für die Arbeiter geschieht! — Arbeiter, seit auf der Hüt — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Die Unfallversicherung im Deutschen Reich während des Jahres 1890. Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress 1893 in Zürich. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. An die Maurer Deutschlands und deren Vertrauensleute. Allerlei Entrüfflung. — Situationenberichte. — Korrespondenzen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. — Gerichts-Chronik. — Literarisches. — Briefkasten.

Was Alles für die Arbeiter geschieht!

Die herrschenden Interessenrichtungen fahnen fort, die soziale Frage auf ihre Weise zu "lösen"; ihre Sozialdoktoren wollen sich "wirktätig" zeigen und "Positives" schaffen, um die soziale Gefahr zu beschwören, d. h. die Arbeiter zufrieden zu machen; sie glauben, es sei keine allzu schwierige Aufgabe, der selbstständigen Arbeiterbewegung den Boden abzugraben und die bösen "Volksverführer", die Sozialdemokraten, fast zu stellen.

Kürzlich haben große Arbeitsherren im Verein mit hohen Staatsbeamten und frommen Geistlichen beider christlichen Konfessionen in Berlin eine Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtsseinrichtungen errichtet. Selbstverständlich ist es den Herren garnicht eingefallen, uns, die organisierte Arbeiterschaft, um ihre Meinung in dieser Sache zu fragen. Wozu auch? Die Herren sind so unergründlich "gescheit", daß es ihnen auf die Meinung der "dummen" Arbeiter nicht ankommen kann. Außerdem wissen sie, daß die aufgeklärten, organisierten Arbeiter prinzipielle Gegner der sog. "Wohlfahrtsseinrichtungen" sind und in aller darauf abzielenden Thätigkeit entweder eine sozialpolitische Vereinspieterei, oder ein gegen das selbstständige Arbeiterbündnis gerichtetes Beginnen erblicken. Nicht selten kommt es vor, wie wir schon oft dargelegt haben, daß die Arbeiter-Wohlfahrtsseinrichtungen die Ketten sind, welche den Arbeiter an die Willkür und die "Autorität" des Unternehmertums fesseln sollen.

Der Vorstand des erwähnten neuen Instituts enthält ein wundersames Gemisch von Vertretern der herrschenden Parteien, gleich als ob man beweisen wollte, wie diese Parteien bereit sind, gegenüber der "sozialen Gefahr" alle Parteunterschiede schwinden zu lassen und sich zur Vertheidigung ihrer Privilegien eng aneinander zu schließen. An der Spitze steht der ehemalige Staatssekretär Herzog, über dessen reaktionäre Gesinnung kein Zweifel obwalten kann; neben dem nationalliberalen Heßhorn Freih. Kalle sitzt gemüthlich der ultramontane Domspork Franz Hölzer, Dechelhäuser und Domkapitular Schöffer vertragen sich auch trotz Kulturmampf und heiligem Roc und die Erbnnung des Ganzen bilden die Geheimräthe Königs und Ulrich als Vertreter der Regierung. Sonst sind noch Kommerzienräthe, geistliche Herren und sogar ein "Admiralitätsrat" dabei, die gleichfalls in Arbeiter-Wohlfahrtsseinrichtungen etwas leisten wollen. Herr Nittert oder Herr von Forckenbeck sollte noch dabei sein, dann wäre das Bild vollständig. Vielleicht tritt noch Einer dieser Richtung ein.

Zu den "Wohlfahrtsseinrichtungen" zählen auch die "Verpflegungsstationen für mittellose Wanderer." Es soll ihrer im Deutschen Reich gegenwärtig 2000 geben. Jetzt ist man darüber aus, diese Stationen zu einem Verbande zu vereinigen. Der Anfang soll im gelobten Lande Sachsen gemacht werden. Die Böhmer'sche Sozial-Korrespondenz bringt einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

"In einer Zeit weitverbreiterter Arbeitslosigkeit und Noth ist die Fürsorge für mittellose Wanderer eine der wichtigsten sozialen Aufgaben. Es gilt, eine Befähigung durch Landstreicher von der Bevölkerung abzuwenden und die ohne Schuld arbeitslos Gewordenen vor der Versumpfung zu bewahren. Als wirksamstes Mittel zum Schutze des Publikums und der Arbeitslosen hat sich bisher überall eine mit Darbietung von Arbeit verbundene Naturalverpflegung mittelloser Wanderer erwiesen. Ueberall da, wo dem Wanderer gegen Leistung von Arbeit Obdach und Ernährung gewährt wird, pflegt auch die Bettelreihe abzunehmen, weil der Bettel ein Gewerbe ist und da nicht mehr lohnt, wo man Arbeit verlangt, anstatt Geld zu geben. Das Publikum, welches durch planloses Almosengeben die Haftschuld an der Zunahme der Bagabunden trägt, wird erst durch ausreichende Vorkehrungen zu Gunsten der einheimischen und fremden Arbeitslosen zur Abweisung unbekannter Bettler und zu einer richtigen Armenpflege erzogen. Aber alle menschenfreudlichen Bemühungen einzelner Personen, Vereine und Gemeinden sind ohne gehörige Organisation weiterer Kreise vergeblich. Es müssen daher über ganze Bezirke und Länder förmliche Reie von Verpflegungsstationen gespannt und besondere Verbände geschaffen werden. Für das Königreich Sachsen ist dies schon lange geplant.

"Die sächsischen Amtshauptleute sind wiederholt in den Jahren 1888 und 1890 zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit dem Landesverein für innere Mission zusammengetreten und der Zittauer Amtshauptmann v. Schlieben hat über die Verbreitung der Verpflegungsstationen und Geldgabestellen in Sachsen einen sehr lehrhaften Bericht mit einer statistischen und fotografischen Darstellung geliefert; aber erst am 16. Februar d. J. ist man auf einer in Dresden unter dem Vorsitz von Graf Bismarck abgehaltenen größeren Versammlung von Amtshauptleuten, Stadträthen und Vorständen von Wohlthätigkeitsvereinen dazu gelangt, einen sächsischen Verband von Verpflegungsstationen für mittellose Wanderer zu gründen. Es herrschte in dieser Versammlung allgemeine Übereinstimmung darüber, daß das Netz der sächsischen Verpflegungsstationen die bedenklichsten Lücken aufweist; daß man gerade jetzt, wo allseitig eine Zunahme mittelloser Wanderer bestätigt wird, zur Gründung eines Verbandes schreiten und vor Allem dabei die eigenartigen Verhältnisse des dichtbevölkerten Königreichs Sachsen berücksichtigen müsse. Wenn der Verband erst eine Tatsache und das Netz wirklich organisiert ist, so wird er auch die jetzt noch widerstrebenden oder gleichgültigen Elemente schon bald zur Mitarbeit heranziehen.

Die Versammlung erklärte im Wesentlichen ihr Einverständniß mit den in dem Berichte des Amtshauptmanns v. Schlieben gemachten Vorschlägen und mit dem Statut für einen in Sachsen zu errichtenden Stationsverband. Es sollen in den Verband auch solche Bezirke, Städte und Körperschaften eintreten können, die noch keine Verpflegungsstationen unterhalten. Der Austausch von Erfahrungen, die Verständigung unter allen beteiligten Kreisen, sowie die Belehrung des Publikums über das Ziel sollen vorläufig die Hauptaufgaben des Verbandes sein. Die Versammlung wählte schließlich zu Mitgliedern des Verbandsausschusses die Herren Graf Bismarck und Geh. Regierungsrath Dr. Böhmer in Dresden, Amtshauptmann v. Schlieben in Zittau, Amtshauptmann v. Welz in Plauen und Oberlehrer Dr. Krause in Annaberg. Der Ausschuß hat bereits am 17. Februar einen Plan für sein weiteres Vorgehen berathen und vertraut, daß nicht nur die Regierung, welche den Streben bislang außerordentlich günstig war, sondern auch die Bevölkerung dem neubegründeten Verband überall freundlich entgegenkommen wird."

Die ganze Bevölkerung sicherlich nicht. Die Arbeiter wenigstens haben alle Ursache, derartigen Einrichtungen mit dem größten Misstrauen zu begegnen. Der Umstand, daß das freundliche Entgegenkommen der Regierung in Anspruch genommen wird, macht die Sache für die Arbeiter nicht besser. Diese erinnert sich, wie die Behörden im Bunde mit dem Unternehmertum seit Jahren bemüht sind, der Tätigkeit der Arbeiter-Organisationen alle nur möglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Zu den Aufgaben der Arbeiter-Organisation gehört ebenfalls auch die Regelung des Wanderunterstützung- und des Herbergswesens. Fast alle Organisationen zahlen an ihre arbeitslosen auf der Wanderschaft begriffenen Mitglieder Unterstützung, um sie vor dem Bettel und der Notwendigkeit, die "Mildthätigkeit" der Verpflegungsstationen und der Arbeiter-Kolonien in Anspruch zu nehmen, zu behüten. Unsere Leser wissen, wie schwer auch dieser Theil der Tätigkeit der Arbeiter-Organisationen unter den oft geradezu chikanösen Maßregeln der Behörden und der Unternehmer zu leiden gehabt hat. Man will aber keine selbstständige Arbeiter-Organisation; man will nicht, daß die Arbeiter in irgend welcher Beziehung unabhängig von den herrschenden Interessenrichtungen werden; selbst das Almosen soll noch dazu dienen, sie an diese Interessen zu fesseln.

In der Regel steht mit den "Verpflegungsstationen" eine Art polizeilichen Arbeitsnachweises in Verbindung, weil man verhindern will, daß die Arbeitssuchenden da und dort um eine milde Gabe ansprechen. Kommt der "walzende" Arbeiter in eine Ortschaft, wo eine "Verpflegungsstation" sich befindet, so findet er auf den Tafeln, die ihm die Existenz dieser "Wohlfahrtsseinrichtung" mittheilen, gewöhnlich auch die Worte: "Das Umschauen ist verboten." Das heißt, der mittellose Wanderer soll nicht befugt sein, in irgend einem Hause um Arbeit zuzusprechen, was man mit einem alten Handwerks-Ausdruck

"Umschauen" nennt. Ein Recht zu solchem Verbot hat allerdings die Polizei nicht; sie ist nicht befugt, jemand zu hindern, sich Arbeit zu suchen, wo es ihm gefällt. Die Polizei aber nimmt sich das Recht, indem sie "Umschauen" und Betteln gehen als gleichbedeutend nimmt. Der mittellose Wanderer soll sich lediglich in die "Verpflegungsstation" begeben, kann man ihm da keine weitere Beschäftigung zuweisen, so soll er schleunigst seinen Stand weiter sehen; seinem Recht auf Arbeit, d. h. sich Arbeit zu suchen, soll er nicht anders genügen dürfen, als an polizeilicher Stelle; oder richtiger, er soll sich behufs Erlangung von Arbeit durchaus der Polizei unterwerfen. Weist diese ihm Arbeit zu, dann soll er sie unbedingt annehmen. Die Verpflegungsstation schickt ihn zu einem Unternehmer oder sonstemand, der gerade einer Arbeitskraft benötigt. Nimmt der mittellose Wanderer diese zugewiesene Arbeit nicht an, weil sie zu schlecht bezahlt wird, oder zu hart für ihn ist, so hat er damit den Anspruch auf die "Wohltaten" weiterer Verpflegung verwirkt. Hat er die Arbeit geleistet, so wird er abgeschoben zur nächsten Verpflegungsstation.

Auf diese Weise will man den sogenannten "Wanderbettel" abschaffen. Vergebliche Mühe! Der ist mit solchen Einrichtungen nicht zu beseitigen, die "Vagabundenfrage" wird damit nicht gelöst.

Vielleicht würde es sein, man liefe die selbständige Arbeiter-Organisation mit ihrem Unterstützungsvesen sich frei entwickeln. Ein Arbeiter, der einer Organisation angehört, welche Reiseunterstützung zahlt, wird an der "Verpflegungsstation" und dem polizeilichen Arbeitsnachweis stolz vorübergehen, so er genötigt ist, zu "wandern". Der anständige und aufgelaufene Arbeiter verzichtet gern auf derartige "Wohltaten", die er mit seinem Ehrgesicht nicht verhindern kann; er vertritt gegenüber den herrschenden Klassen und Ständen nur sein Recht; er will kein Almosen; er verläßt sich viel lieber auf die Solidarität seiner Genossen, als auf die von Amtshauptleuten, Stadträthen etc. veranstalteten und geleiteten "Verpflegungsstationen".

Arbeiter, seid auf der Hut!

Die Not der Arbeiter wächst. Viele Gewerbe, so auch die Baugewerbe liegen vollständig darunter. Immer neue Massen von Arbeitern werden arbeits- und brotlos, während die Preise der Lebensmittel sich auf anomaler Höhe halten. In den letzten vierzehn Tagen haben in vielen Städten Demonstrationen von Arbeitslosen stattgefunden, zu denen die Bauarbeiter die Hauptmasse stellten. Hier und da ist es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. So zunächst in Wien. Nachdem die Polizei eine Versammlung der Arbeitslosen aufgelöst hatte, zogen die Massen mit dem Rufe: "Brot her" und "Hunger haben wir", "Brot und Arbeit", vor das Rathaus. Die Folge war eine Fluchtung zu dem bekannten Wort: "Der Säbel haut". Auch in Brüssel schwieg, kam es nach polizeilicher Auflösung einer Arbeitslosen-Versammlung zu Konflikten mit der Polizei. Ebenso in Berlin. Über die dortigen Vorgänge ist Folgendes zu berichten:

Am Vormittag des 25. Februar stand in der Brauerei Friedrichshain eine vom Ausführungs-Ausschuß des Bauarbeiter-Kartells einberufene Versammlung der Arbeitslosen des Baugewerbes statt. Zuweilen war Entgegennahme eines Berichts seitens der Deputation, welche beim Ober-Bürgermeister Berlins vorstellig werden sollte, begülliglich der auf städtischen Bauten zu Tage getretenen Missstände. Dieses forderte in erster Linie statt der beliebten "Wohltaten" Arbeit für die Arbeitslosen, insbesondere für die hier ansässigen steuerzahlschweren Bürger. Infolge des Submissionswunsches würden jetzt auswärtige billigere Arbeitskräfte den Berliner Arbeitern vorgezogen. In der Unkenntnis, daß die Unnachfrage hoher und höchster Personen schon beim Ober-Bürgermeister anfängt, begab sich die Deputation nach dessen Privatzimmer, um eine Audienz einzusuchen, wurde aber ab- und nach dem Rathause verwiesen. Doch auch hier mußte sich die Deputation mit dem Herrn Bürgermeister Belle begnügen, der Herr Ober-Bürgermeister war auch hier für die Deputation nicht zu sprechen. Herr Belle verwies die Deputation nach Anhörung an den Herrn Bauarbeiterkassen, welcher erklärte, in dem Submissionswesen keine Aenderung eintreten lassen zu können. Das Verschreben gab er indessen ab, daß er ein Schreiben an die verschiedenen Bau-Inspektionen richten wolle, mit

der Maßgabe, bei den Bau-Unternehmern dahin wirken zu wollen, daß diese in erster Linie die arbeitslosen Berliner Familienbäter beschäftigen. Ob es aber etwas helfen würde, könne er nicht garantieren. So sei die Deputation geschieden mit dem Bewußtsein, wenig Positives erzielt, aber wenigstens den Spuren der Behörden die obwaltenenden Missstände klar vor Augen gejuht zu haben.

Der Verkäuferstatter, Maurer Blaurock, betonte: Die Unsäglichkeit der Behörden, hier hessend einzugreifen, verweise natürlich auf den Weg der Organisation, um mit Nachdruck die Forderungen der Bauhandwerker zur Geltung zu bringen. Dies sei praktischer als zwecklose Demonstrationen.

Es gelang folgende Resolution zur Annahme:

Die heute den 25. 2. 92 im Saale der Brauerei Friedrichshain tagende Versammlung der arbeitslosen Bauhandwerker und Bauarbeiter Berlins fordert die städtischen und staatlichen Behörden in Abetracht des großen Not und des Endes, welches unter den Bauhandwerker herrscht, auf, dafür zu sorgen, daß sowohl die städtischen wie staatlichen Bauten in Angriff genommen werden, um dadurch der augenblicklichen Not etwas zu steuern. Ferner ist die Versammlung der Ansicht, daß die heutige Arbeitslosigkeit ein Ausfluss der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist und die Befreiung der Arbeitslosigkeit nur durch die Vergesellschaftlichung sämtlicher Produktionsmittel erfolgen kann. Zu Abetracht dessen verpflichtet sich die Anwesenden, um dieses Ziel zu erreichen, mit aller Macht die Befreiung der gewerkschaftlichen Organisation einzutreten, um mit dieser dahin zu wirken, daß die sozialistische Idee immer mehr und mehr in die Massen getragen wird.

Es ist, wie der "Vorwärts" zu seinem Bericht bemerkte, eine Resolution, die auf alles Andere eher schlägt, als daß die Teilnehmer der Versammlung vielleicht von der Idee des "Alles muss verrungenirt Werdens" erfüllt gewesen wären. Die Versammlung tagte übrigens ruhig weiter und wurde ohne besondere Aufregung zu Ende geführt.

Wie übereinstimmend berichtet wird, sollen während der überfüllten Versammlung sich draußen am Friedrichshain eine Anzahl von Leuten angezündet haben, die aber mit den Bestrebungen der Arbeitslosen höchst wahrscheinlich nicht das Geringste zu thun hatten. Bei dem schönen Wetter finden sich in Berlin überall freiwillige und unfreiwillige Missigänger aller Art zusammen, und es ist sehr leicht möglich, daß diese Leute von gewissen Elementen, die bei solchen Gelegenheiten ja niemals fehlen, zu den Straftaten und Exzessen, die dann in verschiedenen Stadttheilen stattfinden, veranlaßt worden sind. Der Telegraph aber blieb sofort in alle Welt, um zu verkünden, daß außerst bedenkliche "Ausschreitungen von Arbeitslosen" stattgefunden haben. Der Janthagen Berlin's war an der Arbeit und jetzt werden dessen Ausschreibungen von den Gegnern der ehrlichen Arbeiterbewegung dieser auf das Konto gelegt. Schließlich liegen die Dinge in Bräunlichkeit. Unser dortiges Bruderorgan, der "Wolfsfreund" konstatiert, daß die verhafteten "Auführer" in der Arbeiterbewegung völlig fremd sind.

Wir pflichten dem "Vorwärts" durchaus bei, wenn er alle ehrlichen Arbeiter die Mahnung dringend an's Herz legt, daß sie sich in dieser bewegten Zeit von allen leidwollen verdächtigen Elementen auf das Sorgfältigste fern halten mögen. Wenn das Lumpenproletariat in Ballonluft oder in seidenen Hüten Lust zu Pustchen empfindet, so mögen diese Leute das allein ausmachen — wenn der Arbeiter heut zu Tage auch keine materiellen Güter zu verlieren hat, so würden ihn die von gewisser Seite so heilig ersehnten Folgen in seinen wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen um so härter treffen. Das Lumpenproletariat — von oben und von unten — hat nichts zu verlieren; Unvorsichtigkeiten aber können den Arbeiter um seine heiligsten Rechte bringen.

Alle Notleidenden und alle Arbeiter können nicht ernst gründlich ernährt werden, sich jeder Ausschreitung, jeder Gewaltverleihung stärkstens zu enthalten. Sie würden mit der Störung der öffentlichen Ordnung nur Maßregeln herausbeschwören, unter denen sie selbst am schwersten zu leiden hätten. In jedem Auswegler haben die Arbeiter ihren Feind zu sehen. Sie sollen ihre Lage entscheiden, aber ehrlich und würdig beprochen. Um so stärker wird der moralische Eindruck sein, den sie erzielen.

Keine Ausschreitungen! Arbeiter, seid auf der Hut!

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins erschließen am Sonnabend, den 28. Februar im "Vorwärts" einen Aufruf an die Arbeiter Berlins, in welchem diese dringend ernährt gewicht wieder herstellen.

werden, den Ausschreitungen fern zu bleiben. Es heißt darin:

Von diesen Unruhen haben einzige die Gegner des klassenbewußten Proletariats den Vortheil, die bereits am Werke sind, um die Vorcommissie zu ihrem Nutzen und zum Schaden der Arbeiterklasse aufzubauen.

Arbeiter, Parteigenossen! Seid auf der Hut und, lasst Euch durch noch so berechtigte Unruhen nicht verleiten, Handlungen zu begehen oder zu begünstigen, die sowohl zu Eurem persönlichen Schaden, wie zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung auszulösen müssen. Exesse und Krawalle können den berechtigten Bestrebungen der Arbeiterklasse nur zum Nachteil gereichen, und ein Feind seiner eigenen Klasse ist jeder Arbeiter, der sich an solchen Vorcommissen beteiligt oder sie auch nur moralisch untersetzt.

Kein Zweifel, daß Klassenbewußte Arbeiter sich an jenen Vorgängen, welche heute und gestern Berlin in Aufruhr versetzten, nicht beteiligt haben.

Die Arbeiterchaft Berlins wird, dessen sind wir sicher, auch seiner Ehrenschild blank erhalten, sie wird in klarer Erkenntnis der proletarischen Interessen, gemeinsam mit Euren Tumulen sich fernhalten, deren verhängnisvolle Folgen nicht bloß sie, sondern die ganze Arbeiterklasse zu tragen hätte.

Arbeiter! Eure Pflicht, Euer Interesse gebietet Euch, unserer Mahnung zu folgen!

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben, wie sie im Anschluß an den Aufmarsch am 27. Februar die Einberufung einer allgemeinen Arbeiterversammlung zur Beratung folgenden dringenden Antrages bei dem Stadtvorordneten-Vorsteher beantragt:

Die Stadtvorordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

schleunigst durch Angriffnahme städtischer Erd- und Bau-Werken, dafür Sorge zu tragen, daß die in Berlin befindlichen Arbeitslosen sofort Beschäftigung erhalten.

Vor einiger Zeit hatte die antizipativen Majorität der Stadtverordneten für denselben Antrag nur "Spott und Höhn und höhnlich gesagt" gesagt. Wie wird diese Majorität sich jetzt zu dem neuen Antrage verhalten?

Die Krawalle haben sich in verschiedenen Stadttheilen noch am Tage hindurch fortgesetzt. Gestern ging die Polizei mit der blanken Waffe vor. Charakteristisch für die Natur der Ausschreitungen ist, daß unter den Inhabern der vom Janthagen geplünderten Geschäftslokale sozialdemokraten sich befinden.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

* Die Frage der Quittungskarten beschäftigt immer noch die Behörden. Das Berliner Polizeipräsidium hat folgende Bekanntmachung erlassen: "Wie die Erfahrung gelehrt hat, werden bei Ausschreibung des Arbeitsverhältnisses die Quittungskarten von den Arbeitgebern den Besucherten oft nicht sofort ausgehändigt. Abgesehen von den für die Besucherten dadurch erwachsenden Schwierigkeiten, bald anderweitige Beschäftigung zu erhalten, wird ein solches Verfahren nicht selten auch auf die spätere Berechnung und Abrechnung der Beiträge sehr nachteilig ein. Die unbefugt zufließende Zahlung der Quittungskarte ist außerdem nach § 108 Absatz 2, § 148 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1889 ungültig und, sofern nicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften eine härtere Strafe eintrete, mit Geldstrafe bis zu M. 300 oder mit Haft bedroht. Auch bestimmt § 108 Absatz 3 a. a. das Quittungskarten, welche wider den Willen des Inhabers zurückzuhalten werden, durch die die Ortspolizeibehörde abzunehmen und dem Berechtigten auszuhandigen sind, wobei der Zurückbehaltung dem Berechtigten für alle Nachtheile, welche ihm aus der Zurückbehaltung erwachsen, verantwortlich bleibt. Vorstehendes wird mit dem Bemerkung hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß es einerseits im Interesse der Besucherten liegt, bei dem Ausscheiden aus einer Beschäftigung sofort die Karte zurückzuverlangen, andererseits im Interesse des Arbeitgebers, um sich gegen Strafen zu schützen, die Karte sofort auszuantworten. In denjenigen Fällen, in denen das Arbeitsverhältnis durch Rechterschein des Besucherten auf der Beurteilung gestellt wird, also die sofortige Ausschließung der Karte nicht möglich ist, empfiehlt es sich, die Karte zur Vermeidung von Weiterungen sobald als möglich des nächsten Polizeirevier-Bureau unter kurzer Angabe des Sachverhalts zu übermitteln."

Hinsichtlich der Verziehung von Geschäftsscheinen war es bisher zugelassen worden, daß in die Quittungskarten-Märkte im Betrage von 14 Pfennigen wöchentlich eingeliefert wurden. Nachdem nun die mit Märkten vollgestellten Karten seitens der Berliner Polizei-Reviere dem Sicherungszamt eingeliefert worden sind, hat dieses die Verwendung von 14 Pfennigmärkten beanstandet und nur solche in Bezug auf 20 Pfennigen für zulässig erachtet. Demgemäß sind sämmtliche Karten den Polizeireviere zurückgegeben worden, und es liegt diein nun ob, die Prinzipalitäten zu ermitteln, bei denen seiner Zeit die minderwertigen Märkte Verwendung gefunden haben. Die Lehrherren werden dann vor das Sicherungszamt geladen werden, um durch Ausschlagmärkte das Gleiche

* Differenzen im Ausschuss für Alter und Invaliditätsversicherung. Das Mitglied dieses Ausschusses, Arbeiter Kowalewsky, theilte in einer Berliner Volksversammlung mit, daß sich beim Anlaß eines zum Bau des Verwaltungsbürogebäudes der Alters- und Invaliditätsversicherung bestimmten Grundstückes Differenzen innerhalb des Ausschusses herausgestellt hätten. Bein Mitglieder hätten für und zehn gegen den Anlauf des Grundstückes, welches um M. 200 000 höher als die benachbarten Grundstücke gewesen sei. Stimmt. Kommerzienrat Nöthe habe gesagt, daß ein Stimmus nach dem Gesetz den Ausschlag gebe und Stadtpräsident Eberly habe dies bestätigt. Die zehn Mitglieder, die gegen den Anlauf gestimmt haben, seien Reichsversicherungsamt Befürchtungen geschriften, seien aber abgewichen worden. Dieselben würden sich nunmehr an den Bundesrat wenden.

* Die Regierenden im Freistaat Übersee sind der Ansicht, daß die Bevölkerung der Gewerbegeister ihr Amt als Ehrenamt betrachten müssen, für dessen Ausübung bez. für die daraus folgende Beitragsabrechnung nichts zu bezahlen sei. Diese Annahme ist um so wunderbarer, als § 18 des Gesetzes über die Gewerbegeister eine Entschädigung ausdrücklich vorschreibt. Die dortigen Arbeiter wollen nun den Senat um Abänderung ersuchen und falls das wider den Erwartungen nichts helfen sollte, den Reichstag entscheiden lassen, ob das Reichsgesetz dem Landesrecht vorzugehen hat oder nicht.

* Bei den Gewerbegeisterwahlen in Frankfurt a. M. wurden in der Klasse der Arbeitgeber die Kandidaten der Sozialdemokratie mit 1800 Stimmen und zwar einstimmig gewählt. In der Klasse der Unternehmerbeiträger wurden bei der Wahl für die Liste der Innungen 307, für die Gruppe der Parteilisten 286, für die Sozialdemokratie 279 Stimmen abgegeben. Die Innungen errangen den Sieg, haben aber weit weniger Stimmen als das vorher Mal erhalten. Gegen die Wahl der Unternehmerbeiträger wird übrigens seitens unserer Partei Protest erhoben, weil viele Wahlberechtigte zurückgewiesen worden sein sollen.

* Eine Versammlung der Bremer Arbeitlosen, in welcher wohl gegen 1500 Personen erschienen waren, gab über den Ausfall der Verhandlungen, welche eine Deputation der Arbeitslosen mit dem Senat der Republik gespielt hatte, das Urteil ab, der heutige Staat bestehe weder den Willen noch die Kraft, Not und Elend zu besitzen und nur durch die Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms könne die Arbeitslosigkeit endgültig beseitigt werden. Aus dem Bericht über die Versammlung dürfte von besonderem Interesse die Behauptung sein, daß selbst der Senator Niels seinen Arbeitern nur 22½ Stundenlohn zahlt.

* In einer großen Versammlung der Arbeitslosen Wiens, welche dieselben Resolutionen wie die Arbeitslosen-Versammlungen Deutschlands annahm, wurde mitgeteilt, daß in Wien im Jahre 1889 3425 Bettler verhaftet wurden, darunter 209 Kinder (III), und daß die Zahl der Obdachlosen, welche von der Polizei aufgegriffen wurden, 23 773 betrug. 1890 erhöhte sich die Zahl der Obdachlosen auf 24 608.

* Der Bundesvorstand des schweizerischen Arbeiterbundes war am 21. Februar in Zürich zu wichtigen Beratungen versammelt. Es hatten sich 13 Mitglieder eingefunden und den Beratungen wohnte auch Bundesrat Dr. Deucher bei. Herr Houft in Chardonsfond hat seinen Austritt erklärt. Von einer Seite war der Antrag gestellt, das schweizerische Arbeitersektorat in der Weise umzugestalten, daß neben dem deutsch-schweizerischen Arbeitersektorat dessen Sitz ebenfalls in Zürich ist, noch ein spezielles französisch-schweizerisches mit Sitz in Lausanne eingerichtet werde, und es war für diese Stelle von einzelnen welchen Sektionen der radikale Grossrat Faouez auszusehen. Nach lebhafter Beratung wurde beschlossen, es sei dieser Antrag abzulehnen und die definitive Ordnung dieser Angelegenheit dem nächstjährigen Arbeiterkongreß anheimzustellen. Es bleibt also bis auf Weiteres der Verhältnis das bisherige, d. h. dem Arbeitersekretärat Greulich ist als deutsch-schweizerischer Abpunkt Herr Schwitzguébel beigegeben.

Der Vorstand sprach sich mit aller Entschiedenheit gegen die Motion Comteff, betreffend Abänderung der Bestimmungen über Sonntagsruhe für das Eisenbahnpersonal, aus. Die Motion war im Januar abhängig vom Nationalrat erheblich erläutert worden. — Mit Bezug auf die Motion Vogelsanger (Schluß des Vereinsrechts), welche in der letzten Dezemberession erheblich erläutert worden war, wurde dem Arbeitersekretärat der Auftrag gegeben, alle ihm bekannt werdenden Fälle von Verleugnung des freien Vereinsrechts zu registrieren, um auf diese Weise ein Material zu erhalten, welches bei weiterer Verfolgung dieser Angelegenheit zu verwenden wäre.

Ferner wurde die Anregung gemacht, die Einwirkung der Kreisen auf die Arbeiterverhältnisse zu prüfen; das Sekretariat soll eine bezügliche Enquête veranstalten. — Um eine zuverlässige Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung zu erhalten, sollen vom Arbeitersekretärat alle Akten usw. in einem Archiv gesammelt werden.

* Sämtliche Steinbrüche in Neapel sind nach einer Mitteilung der "Germania" wegen der Nichtausübung des städtischen Eingangspfades geschlossen worden. 1000 Karrenführer und Steinmänner sind dadurch brotlos geworden und weitere 8000 Männer werden zu arbeiten ausschließen müssen. Die Situation ist ernst. — Das fehlt noch bei der in Italien herrschenden Arbeitslosigkeit!

* Die Arbeitslosigkeit unter den italienischen Arbeitern, besonders den Bauarbeitern, hat einen hohen Grad erreicht, der zu ernsten Bedenken Anlaß gibt. In den größeren Städten ziehen die Arbeitslosen in großen Trupps, Fahnen mit der Inschrift: "Brot und Arbeit" vor sich hertragen, durch die Straßen, voran sie "natürlich" durch die Polizei zu hindern ge-

sucht werden. Die Regierung ist der Situation gegenüber völlig ratlos und ihre Ohnmacht offenbart sich in wahnsinnig mitseeliger Weise, als vor einigen Tagen der Notstand unter der arbeitenden Bevölkerung Noms von drei Abgeordneten der Hauptstand in einer Interpellation zur Sprache gebracht ward. Daß die Lage der Arbeitermassen eine entsetzliche ist, wurde von den Ministern nicht geneugt, aber das lasse sich leider nicht ändern, was die Regierung thun könnte — durch Bauten usw. — das werde sie tun. Aber mehr als 1500 können sie nicht beschäftigen, und diese gehen höchstens auf zwei Monate. Der einer der Interpellanten, Barcellai, ein Radikaler, meinte, damit sei so gut wie nichts genutzt und erinnerte an die Arbeitsträume, die vor drei Jahren unter ähnlichen Verhältnissen entstanden. Die Regierung zusteckte die Ohren und wirtschaftete weiter.

Es ist schon jetzt vorauszusehen, daß der Zugriff italienischen Arbeiters nach Österreich und Deutschland in den kommenden Frühjahr ein ganz enormer, noch nicht abgesehen sein wird. Das Unternehmertum wird sich freuen können, über die Unmassen billiger Arbeitskräfte, die es den einheimischen Arbeitern gegenüber stellen kann.

* Über die Ausstände in England im Jahre 1890 hat nunmehr etwas sehr wüt. Herr Burnett, der Arbeitsdirektor des Handelskants, seinen Bericht veröffentlicht. Darin geht es in n. 225 710 Personen ohne Streik eine Lohnhebung von wöchentlich 28 193 Pfst. Untererster liegt 2693 Personen mit Hilfe von Ausständen eine Lohnauflösung von wöchentlich 28 193 Pfst. gefallen, ohne die Arbeit niedergelassen, während 10 483 zwar streiken, jedoch eine Lohnherabsetzung von wöchentlich 1082 Pfst. nicht zu verhindern vermochten. Etwa 84 000 Männer gewannen in Durchschnitt mit oder ohne Ausstand eine Verkürzung der Arbeitszeit von 22—23 Stunden die Woche, während nur 180 Personen eine Verlängerung ihrer Arbeitsdauer erfuhren. Der Vorteil liegt auf Seiten der Arbeitnehmer, zieht man die Verluste von dem Gewinn ab, so bleibt als Resultat der Ausstände eine Nettozunahme der Löhne um wöchentlich 16 906 Pfst. zurück. Burnett berechnet außerdem, daß die an den Ausständen beteiligten Arbeiter in Zeit von 40 Wochen den ihnen entstandenen Ausfall an Löhnen wieder einzubringen würden. Die Verluste, welche die Arbeitgeber infolge der Ausstände erlitten, belaufen sich in 181 Ausständen auf 151 343 Pfst. Burnett schließt seinen Bericht mit der Versicherung, daß die Tendenz, Arbeitsstreitigkeiten auf friedlichem Wege zu schlichten, jetzt mehr Boden gewonnen habe, als je zuvor.

Dieser amaliche Bericht läßt erkennen, wie sehr die kapitalistischen Beziehungen fluntern, wenn sie behaupten,

der Streik sei unter allen Umständen den Arbeitern zum Schaden. Vor allen Dingen, aber stellt jener Bericht den Werth der Organisation für die Arbeiter in rechte Wicht.

* Der Buschinenbrand einer Fabrik-Esse erfolgte in Chedheaton (England). Die Esse stürzte auf die Fabrik und begrub einen Theil der in derselben beschäftigten Arbeiter, welche überwiegend aus Frauen bestanden. Fünfzehn Personen wurden getötet.

Die Unfallversicherung im Deutschen Reich während des Jahres 1890.

Alle Jahre hat das Reichsversicherungssamt auf Grund der ihm vorliegenden Angaben und Bericht eine Übersicht über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften zu veröffentlichen. Die das Jahr 1890 betreffende Übersicht, 154-Artikel-Dreizeiten umfassend, ist fürsächlich dem Reichstag ausgegangen. Wirtheiten nachstehend die wichtigsten Daten aus diesen Berichten mit und zwar zunächst diejenigen, welche die Entwicklung und Ausbreitung der Unfallversicherung im Allgemeinen betreffen:

| | gewobl. | mit | und |
|-----------|------------|-----------------|----------------|
| | Berufsgen. | verf. Betrieben | verf. Personen |
| Ende 1885 | 57 | 194 601 | 2 986 248 |
| " 1886 | 62 | 269 174 | 3 473 435 |
| " 1887 | 62 | 319 453 | 3 861 560 |
| " 1888 | 64 | 350 697 | 4 320 663 |
| " 1889 | 64 | 372 236 | 4 742 548 |
| " 1890 | 64 | 390 622 | 4 926 672 |

Die Reichs-Unfallversicherung im Jahre 1890 umfaßte also nahezu 5 Millionen gewerblicher Arbeiter, wozu dann noch über 500 000 in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigte Arbeiter und zirka 8 Millionen land- und forstwirtschaftliche Arbeiter kommen, in Summa demnach 13½ Millionen. Diese Zahl dürfte im Laufe des Jahres 1891 noch eine kleine Erhöhung erfahren haben. Die Zahl der verpflichteten Betriebe belief sich im Jahre 1890 auf 5 234 248 gegen 5 126 044 im Jahre 1889.

Ein Entschädigungsbeitrag wurde im Jahre 1890 gezahlt M. 12 208 842 gegen M. 12 956 410 im Jahre zuvor. Die laufenden Verwaltungskosten für das Jahr 1891 sind mit M. 4 559 644 angegeben. Dazu kommen noch M. 1 375 611 Ausgaben an Kosten der Unfalluntersuchungen, der Feststellung der Entschädigungen, an Schiedsgerichts- und Unfallverhütungskosten. Die Verwaltungskosten belaufen sich also insgesamt auf zirka 6 Millionen Mark, d. i. der dritte Theil aller gezahlten Entschädigungsbeiträgen.

In den Rekordjahren sind für das Jahr 1890 bis zum 15. August 1891 eingezahlt worden zirka M. 12 517 715, so daß im Ganzen an effektiven Ausgaben für 112 Berufsgenossenschaften M. 36 696 911 nachgewiesen sind, denen an effektiven Einnahmen M. 44 416 445 gegenüberstehen.

Sodann sind für den gleichen Zeitraum bei 816 Ausführungsbehörden der Reichs-, Staats- u. Betriebe an Entschädigungsbeiträgen M. 1 866 708, an Verwaltungskosten M. 8014 und an Kosten der Unfallunter-

suchungen, Feststellung der Entschädigungen, sowie an Schiedsgerichts- und Unfallverhütungskosten M. 48 682, im Ganzen M. 1 923 899 verausgabt worden.

Von den 15 Berufsgenossenschaften wurden veranlagt: an Entschädigungsbeiträgen M. 289 774, an Verwaltungskosten (einfachlich des Pauschalbetrages nach § 17 Abs. 6 des Bauaufallversicherungsgesetzes) M. 267 990, an Kosten der Unfalluntersuchungen, Schiedsgerichte v. M. 12 470, Einstellung in den Referatsfonds M. 106 781, an sonstigen Kosten M. 835, so daß im Ganzen M. 621 852 an effektiven Ausgaben für die 18 Berufsgenossenschaften nachgewiesen sind, denen M. 2 135 778 an effektiven Einnahmen gegenüberstehen.

Die Lohnbeträge, welche in den Zusammenstellungen der Rechnungsergebnisse aufgeführt werden, geben beinahe nicht die an die Versicherer wirklich gezahlten Löhne, sondern diejenigen Löhne an, welche der Umfang der Arbeitsergebnisse zu Grunde gelegt werden. Es sind also einerseits die Löhne, soweit sie M. 4 pro Tag übersteigen, nur mit ¼ in Ansatz gebracht, andererseits aber die Löhne der jugendlichen und unangestellten Arbeitern auf den ortsüblichen Tagelohn erhöht; außerdem enthalt die Kolonne außer den eigentlichen Arbeitslöhnen natürlich auch die Gehälter der versicherten Betriebsbeamten. Es würde also ein Selbstzähler sein, wenn man meinen wollte, durch einfache Division der Versicherungszahl in den Lohnbetrag den Durchschnittslohn zu erhalten, der in dem betreffenden Jahre an die gewerblichen Arbeiter in Deutschland gezahlt worden ist. Wir finden, daß der Durchschnitt pro Kopf der Versicherten sich berechnet

| |
|--------------------------------|
| im Jahre 1886 auf zirka M. 643 |
| 1887 " 618 |
| 1888 " 612 |
| 1889 " 621 |
| 1890 " 646 |

Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungsbeiträge (Rentei.) belaufen sich auf M. 20 315 819 gegen

| |
|--------------------------|
| 14 447 708 im Jahre 1889 |
| 9 681 447 " 1888 |
| 5 932 970 " 1887 |
| 1 915 766 " 1886 |

Das beständige Steigen der hier in Rede stehenden Summen erklärt sich daraus, daß die große Mehrzahl der entschädigten Personen dauernd Renten beziehen; also muß natürlich die Zahl der Rentenempfänger von Jahr zu Jahr rasch steigen und ebenso durch die Gesamtsumme der jährlich gezahlten Entschädigungen rasch wachsen.

Die Zahl der entschädigten Personen betrug:

| |
|----------------------|
| 73 972 im Jahre 1890 |
| 54 066 " 1889 |
| 37 702 " 1888 |
| 23 166 " 1887 |
| 9 871 " 1886 |

Die Zahl der entstehen Unfälle, für welche im Jahre 1890 Entschädigungen festgestellt wurden, belaufen sich zusammen auf 42 038 (gegen 31 449 im Jahre 1889). Darunter waren: Unfälle mit tödlichem Ausgänge 6047; Unfälle mit der Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit 2708. Die Zahl der von den getöteten Personen hinterlassenen entschädigungsrechtfähigen Personen beträgt 11 337; darunter 3687 Witwen, 7348 Kinder und 702 Ascendenten. Die Anzahl jährlicher im Jahre 1890 überhaupt zu Anmeldung gelangten Unfälle beträgt 200 001 gegen 174 874 im Vorjahr.

Wenden wir uns speziell zu den Baugewerbs-Berufsgenossenschaften:

Dieselben umfassen im Berichtsjahr:

| | | |
|-----------------|--------|---------------------------------|
| Hamburgerische | 8 682 | Betriebe mit 58 287 verf. Pers. |
| Nordöstliche | 15 955 | " 149 533 " |
| Schles.-Posen. | 6 702 | " 71 387 " |
| Hannoveranische | 18 370 | " 47 725 " |
| Magdeburger | 5 675 | " 97 953 " |
| Sächsische | 9 682 | " 108 095 " |
| Thüringische | 4 463 | " 70 802 " |
| Hess.-Nassau | 10 467 | " 60 378 " |
| Rhein.-Westf. | 16 260 | " 107 817 " |
| Württemberg. | 11 997 | " 32 047 " |
| Bayerische | 17 772 | " 89 603 " |
| Südwürttem. | 7 992 | " 42 913 " |
| Tiessau | 8 735 | " 155 270 " |

Die 18 Baugewerbs-Berufsgenossenschaften umfassen also im Berichtsjahr 134 321 Betriebe mit 1 046 310 versicherten Personen. Von diesen Personen waren 30 200 Unternehmer.

Die 13 Berufsgenossenschaften hatten für die Beitragsberechnung an Lohn- und Gehaltsbeträgen der versicherten Personen in Ansatz gebracht über 560 Millionen Mark. Die Zahl der Verletzten, für welche im Berichtsjahr Entschädigungen festgestellt wurden, belief sich auf rund 16 000, davon war aus den Vorjahren noch ein Bestand von 9710 Fällen.

Internationaler sozialistischer Arbeiterkongress 1893 in Zürich.

Das Organisationskomitee an die Arbeiter aller Länder! Arbeiter! Genossen!

Der Internationale sozialistische Arbeiterkongress zu Brüssel vom Jahre 1891 beschloß einmütig und mit Begeisterung:

"Der nächste Internationale sozialistische Arbeiterkongress soll im Jahre 1893 in der Schweiz stattfinden."

Dieser Beschluss ehrt unser Land. Er weist ihm eine Aufgabe zu, welche der Neutralität seines Staatswesens, der Internationalität seiner Bevölkerung und seiner Einrichtungen, sowie seiner alten Freiheit angemessen ist.

Im Namen der Schweizerischen Arbeiterchaft danken wir den Vertretern der Arbeiterklasse aller Länder für diesen Beschluss und versprechen, Alles zu thun, um den Internationalen sozialistischen Arbeiterkongress von 1893

zu einem weiteren Markstein auf der Bahn der Einigung und Befreiung des arbeitenden Volkes aller Länder zu machen.

Die Ausführung des Brüsseler Beschlusses haben am 10. Januar dieses Jahres in Zürich die Centralcomittees des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes von Zürich und der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei von Basel getagt und beschlossen:

1. Der Internationale sozialistische Arbeiterkongress des Jahres 1893 findet in Zürich statt.
2. Jedes Centralcomitee ernennt fünf Männer für ein Organisationskomitee, welches seinen Sitz in Zürich hat und welches alle Arbeiten ausführt, die zur Vorbereitung und Durchführung des Kongresses notwendig und von Nutzen sind.

Wir haben nun die Ehre, Ihnen anzulegen, daß die Centralcomittees der genannten größten sozialistischen Arbeiterverbündungen der Schweiz, ihrer Wohnen in den Organisationskomitees für den Internationalen sozialistischen Arbeiterkongress getroffen haben und daß sich das Organisationskomitee in untenstehender Weise constituiert und seine Thätigkeiten begonnen hat.

Uns alle Gewerkschaften und sozialistischen Partien, welches die Richtung der letzteren auch sonst sein mag, jähren wir nur die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation und deren Verhüttung an der Politik anerkennen, richten wir hiermit die freundliche Einladung, im Sommer 1893 ihre Vertreter nach Zürich zu senden.

Wir rufen denselben im Vorraus ein herzliches Willkommen in der Stadt Brüssel zu und versichern, daß sie dort festlich empfunden, Freunde und Brüder finden werden.

Um die notwendigen Vorbereitungen für den Kongress so rasch als möglich zu beenden, erläutern wir alle Arbeiterverbände, und baldigt ihre Anregungen und Anträge für die Tagesordnung zulassen zu lassen und zwar unter der Adresse unseres Sekretärs:

Robert Seidel, Zürich (Schweiz).

Aus den eingehenden Anregungen und Anträgen und den uns vom Brüsseler Kongress zugewiesenen Fragen gedenken wir dann in Kürzem eine vorläufige Tagesordnung zusammenzustellen und bekannt zu geben.

Sie sehen, werthe Mitstreiter, daß das Organisationskomitee für den Internationalen sozialistischen Arbeiterkongress an der Arbeit ist. Möge das auch Sie anpornen, sich jetzt schon auf dieses internationale Parlament der Freiheit, des Friedens und der Wohlfahrt vorzubereiten, denn vorbereitet sein ist für die Arbeiterklasse die Bedingung ihres Sieges.

Es lebe die Solidarität der Arbeiter aller Länder; es lebe der Internationale sozialistische Arbeiterkongress von 1893!

Mit Brudergruß und Handschlag!

Das Bureau des Organisationskomitees für den Internationalen sozialistischen Arbeiterkongress 1893:

Karl Bätschi, Präsident.

Robert Seidel, Sekretär.

August Mehl, Kassier.

Das Organisationskomitee:

Betreter der Sozialdemokratischen Partei: Vertreter des Grüttivereins;

E. A. Räger. R. Bätschi.

E. Karrer. H. Greulich.

O. Lang. F. Häfeli.

R. Seidel. A. Ig.

A. Widmer. J. Vogelsanger.

Betreter des Gewerkschaftsbundes:

E. Beck.

C. Conzett.

A. Lüthi.

K. Manz.

A. Meier.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* **Arbeitslosigkeit und Staatsbauten in Hamburg.** Bei der jetzt herrschenden großen Arbeitslosigkeit, speziell auch im Eisenmeßgilde, haben Betreter sich veranlaßt, folgendes zur Kenntnis zu bringen: Bezugnehmend auf die Belehrungsfassung der Hamburger Bürgerschaft, seit der Vergabe der Steinmetzarbeiten zu hiesigen Städtebauten, finden wir es nicht für angemessen, daß hiesige örtliche Steinmetze bei Herstellung der Arbeiten nicht berücksichtigt werden, obwohl sie doch ihre Steuern und Abgaben hier bezahlen müssen, wodurch sie gewissermaßen eine Berechtigung auf Arbeit hätten. Wir führen als Beispiel den Rathausbau an, wo durchschnittlich nur 15—20 Mann beschäftigt waren, wo hingegen 100 Mann hätten beschäftigt werden können, wenn die ganze Arbeit hier am Orte angefertigt worden wäre. Trotzdem sind zu dem Wenigen, was absolut hier angefertigt werden mußte, von außerhalb Arbeitskräfte herangezogen worden. Bisher war die Hamburger Bevölkerung der Meinung, daß die Steinmetzarbeiten zum Rathausbau hier angefertigt werden, was aber nicht der Fall ist. Es sind Fälle vorgekommen, bei der Firma Holzmann & Co., daß bei derselben hiesige arbeitslose Steinmetze um Arbeit anfragten und solche nicht bekamen; trotzdem sind von den betreffenden Firmen in den nächstfolgenden Tagen von außerhalb Steinmetzen herangezogen worden. Bei der Ausführung des jetzigen Börsenbaus hegen wir die Hoffnung, die Bürgerschaft würde dasselbe eintreten, daß die genannten Arbeiten hier angefertigt würden. Wir sehen uns aber insofern gefaßt, weil schon im Vorraus der Firma Holzmann & Co. die Arbeiten ohne vorher stattgefundenen Submission übergeben wurden. Es ist vorzusehen, daß auch diese Arbeiten wieder außerhalb angefertigt werden! Wir müssen uns wundern, in welcher Art ein Bürgerschaftsmitglied in der Sitzung vom 10. Februar dafür eingetreten ist, daß die Steinmetzarbeiten zum Börsenbau hier angefertigt werden möchten. Er begründet seine Rede, indem er ansagt, es befinden sich gegenwärtig ungefähr 40 verheirathete Steinmetze hier außer Arbeit. Gu-

unseren Bedauern müssen wir bemerken, daß deren Zahl noch viel größer ist. Der betreffende Redner hätte viel dazu beitragen können, daß die Zahl der arbeitslosen Steinmetzen eine geringere wäre. Wenn er die ihm übertragenen Arbeiten an dem hiesigen Polizeipräsidium, gebüüde hätte hier anfertigen lassen und nicht in Niedersachsen, wäre wünschenswert, daß der Hamburger Staat darauf hinwirkt, daß die jetzt vergebenen Arbeiten zum Börsenbau hier in Hamburg angefertigt würden. Es ist zu befürchten, daß trotz der vielen Steinmetzarbeiten zu Städtebauten, welche momentan hier ausgeführt werden, noch nicht einmal die geringe Zahl von höchstens 130 bis 150 Steinmetzen hier Beschäftigung findet. Es sind in Folge dessen viele verheirathete und hier ansässige Leute gezwungen, abzureisen und sich auswärts ihr Brot zu suchen. H. K.

* **Die besorgte Polizei.** In Landenberg a. W. reiste am 17. Februar in einer öffentlichen Versammlung der Tischler und Berufsgenossen, zu der auch Arbeiter anderer Branchen eingeladen waren, Genossen König aus Berlin über Zweck und Ziel der Gewerkschaftsbewegung. Zur Überwachung der Versammlung, die von circa 200 Personen besucht war, hatte man nur sieben Polizisten und einen Gendarmen aufgestellt. Die Anwesenden forderten alle Redner zum Anschluß an die am Ort bestehenden Bahlstellen der Gewerkschaftsverbände auf. Mit einem dreisachen begeisterten Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende, Genosse Martin, die Versammlung. Trotzdem der Wirth bis 12 Uhr konzertiert, mußten schon um 10 Uhr Saal und Nebenräume verlassen werden.

* **Die Maister.** Die Vorbereigungen zu der Feier sind überall in vollem Gange. Die Genossen in der Schweiz haben eine gemeinsame Flugschrift für die ganze Schweiz mit einheitlichen Kundgebungen zu Gunsten des Ausbaues des eidgenössischen Förderungsgesetzes mit dem Neuentstandtag und der Förderung der Befreiungen für den internationalen Arbeiterkongress mit dem 1. Mai zu erstrecken. Der Umstand, daß dieses Mal die Feier auf einen Sonntag fällt, wird in allen Ländern, besonders in Deutschland und Österreich, den Kreis der Teilnehmer in riesigem Maße vergrößern und volle Einheitlichkeit der Feier ermöglichen.

* **Österreichische Genossen werden, wie im Vorjahe, wieder mit der Feier eine Demonstration zu Gunsten des allgemeinen gleichen Wahlrechts verbinden. Dasselbe würde in Belgien der Fall sein, wo die Frage der Verfassungsrevision täglich brennender wird.**

* **Am 21. Februar in Brüssel stattete.** Auf dem am 21. Februar in Brüssel stattete, haben Arbeiterkongress wurde folgender Beschluß gefasst: "Drei den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse, betreffend die Kundgebungen zu Gunsten des Ausbaus des eidgenössischen Förderungsgesetzes, beisteht der belgische Arbeiterkongress: die Beschlüsse gemäß am 1. Mai in allen großen Industrie-Mittelpunkten Kundgebungen (Manifestations) zu organisieren, welche zum Zweck haben, den Arbeitstag von 8 Stunden, und zur rascheren Herbeiführung des selben das allgemeine Stimmrecht zu erkämpfen.

* **Die Föderation der Bergleute von Großbritannien und Irland hat nach der Londoner "All-Konferenz" die Weisung ausgegeben, daß die Mitglieder aller Gewerkschaften, die auf der am 12. Februar in Manchester abgehaltenen Konferenz vertreten waren, am 12. März die Arbeit niedergelegt sollen. Nach den letzten Ausweisen vertheilt sich die Zahl der Bergleute, die in den von der Föderation kontrollierten Gruben thätig sind, wie folgt auf die verschiedenen Grafschaften: Northshire 70 000; Lancashire 41 000; Derbyshire 33 000; Notts 19 000; Cheshire 3000; Worcester 5000; Monmouthshire 2400; Cumberland 6000. Alter Voraufticht nach werden sich auch die schottischen wie die nicht zur Föderation gehörigen Bergleute der Grafschaften Durham und Northumberland dem Auslaufe anschließen.**

* **Die Verwirrung in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ist leider immer noch in der Bühne begriffen. Einer unserer Freunde in New York schreibt:**

"Die Executivebörde der 'Am. Federation of Labor' hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, Vorbereitungen für einen 1893 nach Chicago einzuberuhende Internationalen Trade Union's Kongress zu treffen. Die Geschichte kann also heiter werden, da die hiesige 'Central Labor Federation' ebenfalls beschlossen hat, einen — allgemeinen amerikanischen Arbeiterkongress 1893 in Chicago abzuhalten, zu dem ausländische Delegaten Zutritt haben. Die hiesige Sektion der sozialistischen Arbeiterpartei hat sich dem angegeschossen. Leider den in der 'C. L. F.' gestellten Antrag, die Einberufung den amerikanischen Delegaten zum Brüsseler Kongress zu übertragen, ist bisher nicht weiter vermeldet worden. Jetzt fehlt nur noch, daß man auch im Orden der 'Knights of Labor' auf die Idee kommt, einen derartigen Kongress einzuberufen! — Daß sich bis nächstes Jahr die Dinge so entwickeln, um eine Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen zu erhoffen, ist nicht gut anzunehmen. Es heißt also abwarten."

Ali die Maurer Deutschlands und deren Vertrauensleute.

* **Die allgemeine Krise, welche auf wirtschaftlichen Gebiete schon längst chronisch geworden ist und wohl irgend einen Erwerbszweig mit ihrer großen Arbeitslosigkeit verschont hat oder verschont wird, macht sich auch im Baugewerbe unter recht traurigen Erscheinungen mehr und mehr bemerkbar. Die großen Maister, Steinmäurer, Gipser und Stuckateure, die seit Jahren gewöhnt, während des Winters 2 bis 4 Monate außer Arbeit zu sein und am Hungertuch zu**

nageln. Die kleinen Sparnisse aus den sogenannten Gründerjahren, wo es bei dem großen Goldregen auf einige Pennige Lohn nicht ankommt, sind bald nach Eintreten der Krise in den arbeitslosen Tagen ausgezehrt, so daß heute jeder, der nicht das Glück hat, Schubladen machen zu können, im Winter tatsächlich hungern muß. Wie manches Familienbild ist in dieser Zeit der Krise, die nunmehr bald 20 Jahre anhält, zerstört, zu Grunde gerichtet. Wohin wir auch blicken, überall unter den Kollegen die bitterste Armut; häufig ist nicht nur sein Brod in der Familie, sondern es fehlen auch die östlichsten Wohnungsgegenstände, welche entweder verpfändet oder für Forderungen an Lebensmittel und Miethe dem Gerichtsvollzieher in die Hände fallen.

Dieser vom menschlichen Standpunkt aus unnatürliche Zustand scheint noch nicht auf den Höhepunkt angelangt zu sein. Bahreiche, in letzter Zeit zugegangene Mitteltheilungen aus allen Theilen des Reichs laufen darauf hinaus, daß Lohnabduktionen mit Arbeitszeitverlängerung bevorstehen.

In Chemnitz steht man 25,- pro Stunde in Aussicht; in Göttingen 3—4,- pro Stunde; in Böhmen 25,- pro Stunde; in Vielesfeld 3—5,- pro Stunde; in Cöln 25,- will man statt einer kleinen Lohnherabsetzung übereinstimmen, die Arbeitszeit um eine Stunde verlängern, ebenso in vielen Orten des Rheinlandes. Hier sollen außerdem "Fabrikordinungen" erlassen werden, die allem Gerechtigkeitsgefühl höhn sprechen.

Nachdem also bereits vier Monate ins Land gegangen sind, wo tausende Kollegen keinen Pfennig Verdienst hatten und noch kein eine geraume Zeit vergangen, ehe sich Beschäftigung finden läßt, erscheint als Erfolg für diese schwere Zeit und Roth-Lohnabzug und Arbeitszeitverlängerung. Welch grausames Beginnen der Unternehmer, die es noch wagen, in dieser bedrängten Zeit dem Arbeiter den Lohn zukürzen! Aber daran wird man sich nicht lehnen, der Lohn wird so lange gefordert werden, als er sich nur kürzen läßt. Wäre das nicht der Fall, so würde man einem Maurer in Chemnitz den Hungertulpen von 30,- pro Stunde nicht noch um 5,- erhöhen wollen; ebenso verhält es sich mit der Verlängerung der Arbeitszeit. Auf Humanität und Rücksicht seitens des Unternehmerthums auf die Existenz der Arbeiter haben wir absolut nicht zu rechnen, wir haben nur, und dabei bleibt es, darauf zu rünnen und darnach zu trachten, daß dieser Niederdrückung bis ins Elend noch Einhalt geboten wird.

Maurer Deutschlands! Bis heute ist kein anderes Mittel gegeben gegen das Unternehmerthum anzutämpfen, als die Organisation, die Vereinigung.

Wer der Organisation nicht angehört, wer nicht dafür eintritt, daß sie stark und mächtig wird, der ist mit Schuld daran, daß ihm und seiner Familie die Existenz untergraben und das Brot entzogen wird; er ist mit Schuld, wenn "Arbeitsordnungen" geschaffen werden, die der Entwicklung der Organisation hinderlich sind und durch welche die eigene persönliche Freiheit vom Unternehmer geraubt wird. Söhnlich Euch der Organisation, an alle die Ihr noch fernsteht und vom Unternehmer das Beste erhofft, denn Ihr werdet bald einsehen, daß es Zug und Trug ist, daß dieser nur Euer Bestes will und für dasselbe eintritt, einmal will er es gar nicht und das andere Mal kann er es nicht. Die Kollegen aber, die bereits das Organisation angehören, mögen dafür eintreten, daß die theilnahmslosen Kollegen ihre Gleichgültigkeit abschütten und mit in die Reihen der organisierten Kollegen eintreten. Der Zentralverband der Maurer Deutschlands, welcher auf dem vorjährigen Kongress gegründet ist, zählt augenblicklich 12 000 Mitglieder; diese Zahl ist in der kurzen Zeit des Bestehens des Verbandes nicht zu unterschätzen; sie ist aber nicht stark genug, den geplanten Feldzug des Unternehmerthums genügend Widerstand zu leisten, wenigstens nicht auf der ganzen Linie. Sorge daher jedes Mitglied des Verbandes dafür, daß mit dem Beginn des Frühljahrs neue Mitglieder dem Verbande zugeschafft werden. Allerdings sollen die Kollegen und besonders die ernannten Vertrauensleute (wo solche noch nicht ernannt sind, möge man das Verfaulnis nachholen und hier zur Anzeige bringen) in ihrer nächsten Umgebung und in den Orten selbst ganz energisch die Agitation für den Verband betreiben, sei es durch Verbreitung von Flugblättern oder durch Abhaltung von Versammlungen. Wo die Mittel hierzu nicht vorhanden sind, wende man sich an den Unterzeichneter, auch stelle man demselben Adressen von Kollegen zur Verfügung, welche geneigt sind, für die Organisation einzutreten, damit weitere Verbindungen angeknüpft werden können. Die laufenden Kollegen, welche in den nächsten Tagen ihre Heimat wieder verlassen, im hauptsächlich in den Großstädten einen besseren

Verdienst zu finden, in der Regel aber bei Organisation

gleichgültig gegenüber stehen, ja sehr oft die Errungenschaften wieder hinfällig machen, indem sie mit den Verhältnissen weniger vertraut und bedürftiger sind, wie die in den Großstädten ansässigen Kollegen und schon zufrieden sind, wenn sie etwas mehr Lohn wie in der Heimat erhalten, diese Kollegen seien eindringlichst ermahnt, mit den Kollegen, wo sie Arbeit suchen, gemeinsame Sache zu machen, dem Verband beizutreten und die Verhandlungen recht fleißig zu besuchen. Thut Ihr das, tretet Ihr überall, wohin Ihr auch kommt, dem Zentralverband bei, denn werden auch mit der Zeit durch die Macht der Organisation bessere Zustände in Eurer Heimat Platz greifen, damit Ihr nicht nötig habt, den häuslichen Heerd der Existenz wegen von Jahr zu Jahr zu verlassen und in der Fremde Brot zu suchen.

A. Dammann.

Allerlei Entrüstung.

offenbart der "Gewerbeverein", das Organ des Herrn Dr. Max Hirsch, in seinen letzten beiden Nummern. In Nr. 8 soll die Enttäuschung den Freiern v. Stumm im Kreis daran, weil er im Reichstage den Herrn Dr. Max Hirsch als Sozialdemokraten behandelt hat. Ein Theil der Ausführungen des "Gewerbevereins", welcher sich gegen die drohende Gefahr eines neuen Sozialisten gesetzt habe.

"Das Gewitter eines neuen Sozialistengesetzes soll losbrechen, diesmal alle Arbeiterrichtungen vernichtend, die nicht in Stumm und von Stumm's Genossen die Väter der Liebe oder gar die Selbstvertreter Gottes auf Erden" erblicken.

"Der Reichseisenbahnetz für Elsaß-Lothringen war das lediglich Objekt, bei dem der "unumstrittene Herrscher" von Neuntzern die Aera Bismarck-Büttnerfuer: "Die Flinte schießt, der Säbel hant" wieder einleiten wollte — ob sie aber kommen wird? Nun, unmöglich wäre es nicht, leben wir doch in einer Zeit, in der alles möglich ist; der eingebaute Schulgesetzentwurf spricht dafür deutlich genug."

"Kein Sozialdemokrat darf im Eisenbahnbetrieb beschäftigt werden, natürlich ebenjowenig ein Gewerbevereiner, wie uns das Gleiche vom Gelehrten, denn die könnten streifen, wenn es zum Kriege gegen einen äußeren Feind ginge. Herr von Stumm spricht gelassen aus und unterschließt damit den sozialistischen und nichtsozialistischen Arbeiter eine Absicht, die diese nie gehegt. In glorreichen Kriegen gegen Frankreich haben Arbeiterbrüder aller politischen Richtungen ihr Herzblut für die Existenz und die Freiheit des Vaterlandes verblutet, und wenn's ihnen auch schlecht gedacht worden ist, wenn sie trotzdem auch in Zukunft dasselbe zu thun bereit sein. Wir möchten aber warnen, den Teufel zu laufen zu wollen und den wahren Patriotismus der Arbeiter mit Füßen zu treten; in einer Zeit, wo die Gemüthe durch allerlei Druck erstickt sind, soll man diese Erbitterung nicht leichtsinnig vermehren, sondern sie auszuschärfen suchen.

"So versucht man tatsächlich von Neuen, in die Aera des Unrechts zurückzugehen, das Volk in den Suny der gefestigten Riechtheit hinabzudrücken und die Polizeiwillkür wieder auf den Schild zu heben, um im Schatten derselben Alles zu befeiern und zu vernichten, was nicht in heuchlerischer Demuth auf den Kneien liegt und für heilig, wahr und richtig hält, was die Richtung so bestimmt. Das neue Sozialistengesetz würde nicht speziell gegen die Sozialdemokraten gerichtet werden, wie ebenen, nein, alle freiherrlichen Bestrebungen für das Wohl des Volkes und insbesondere der Arbeiter sollen durch die Bescheinigung des Preßrechts, der Versammlungs- und Vereinsfreiheit vernichtet werden.

"Es ist gleichgültig, ob wir von den Herren, die so gerne möchten, das es so läme, mit den Sozialdemokraten in ein und denselben Topf geworfen werden, wir sind deswegen noch lange kein Sozialdemokrat und wollen es auch nicht werden. Gegen das Unrecht und die gewaltsame Unterdrückung des freien Bürgerrechts werden wir aber kämpfen, wie es unsere Pflicht ist, ganz gleich, ob wir mit unterdrückt werden, oder eine andere Arbeiterrichtung allein."

Die Gewerbevereinsreden haben garnicht nötig, feierlich zu erklären, daß sie keine Sozialdemokraten sind und es auch nicht werden wollen. Daß sie das nicht sind und nicht sein wollen, besteht sich von selbst. Aber wozu die Entrüstung über das "neue Sozialisten gesetz"! Man fürchtet davon für die Gewerbevereine, daß eine rigorose Polizeiwirtschaft sie mit den sozialistischen Gewerbevereinen in einen Topf werfen könnte. Unmöglich wäre das ja gerade nicht. Aber es muß gelagert werden, daß, wenn diese Furcht nicht bestünde, der "Gewerbeverein" der "drohenden Gefahr" wohl etwas füher gegenüber stehen würde. Uns hat es zur Zeit der zwölfsjährigen Herrschaft des erloschenen Sozialistengesetzes oft geholzen, als ob Herr Dr. Max Hirsch und seine nächsten Getreuen im Grunde ihres Herzens garnicht so empört über das ausnahmengesetzliche Unrecht waren.

In Nr. 9 gibt's einen langen Artikel über Fachvereinsfreie Rechte und dergleichen. Die Sozialpolitischen Blätter, das Beiblatt der "Fachzeichnung für Drechsler", hatten in einem Artikel unter der Überschrift "Auch Arbeiterorganisationen" folgendes geschrieben:

"Wir können keine Nummer des "Gewerbeverein", Zentralorgan der Gewerbevereine Hirsch-Dünndorfer, d.h. freisinniger Richtung, aus der Hand legen, ohne darin mit mehr oder weniger Ungeschick zusammengebrachte Artikel zu finden, welche dazu dienen sollen, den Gewerbevereinen, welche nicht an die Herrlichkeit der billigeren privatkapitalistischen Produktionsweise glauben, Schwierigkeiten zu bereiten. Ein beiderseitiges Kennzeichen dieser Klasse ist, daß immer wieder darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Fachvereine

oder auch die Centralvereine, welche nicht in dem Glücksgefühl des Friedens zwischen Kapital und Arbeit schwimmen, sozialdemokratisch sind. Der Beweis dieses Hinweises ist klar. Vor Allem, was sozialistisch oder gar sozialdemokratisch heißt, haben ja unsere Bürgerlichen Helden eine heidenmäßige Angst. Vielleicht also werden mit diesem Andenkenvergrundstellen des sozialistischen Geistes der Gewerbevereinorganisationen, die von den Behörden noch mehr Schwierigkeiten bereitet, wenn dies überhaupt möglich ist. Die Gewerbevereinorganisation ist aber, in der Gegenwart notwendig, und darum könnte möglicherweise durch die Unterdrückung der Gewerbevereine eine Stärkung der Hirsch-Dünndorfer Gewerbevereine eintreten. So ungesehbar wird wohl die Kalkulation sein.

"Die Herren werden dies selbsterklärt abstreiten, Ihnen ist es ja angeblieblich nur darum zu thun, die armen betörten, irregulären Arbeiter auf die nach Meinung dieser Geisteshelden richtige Bahn zu bringen. Und da ist (Beweis der Zukunftsmann-Müller) eben jedes Mittel recht. Nebenzerken kann man die sozialistischen Gedanken den Arbeitern nicht davon, daß wir in einer herlichen Zeit leben, und daß die Arbeiter Schuld daran sind, daß es ihnen schlecht geht, weil sie kein Vertrauen zum Arbeitgeber haben. Auf diese Weise kann man die Arbeiter nicht in die Gewerbevereine und dadurch zur Unterstützung der ein wenig Lahm gewordenen freisinnigen Partei bekommen.

Vielleicht würde da ein wenig mehr Verdrückung seitens der Behörden helfen. Dieß werden doch wohl schließlich auf das sozialistisch anheben."

Über diese Auslösungen ist der "Gewerbeverein" durchaus empört. Es bezeichnet sie als "nichtswürdige Denunziationen" und mehr:

Berater scheint der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerbevereine und gleichzeitiges Vorstandsmitglied im Centralvorstand der "Vereinigung der Drechsler und Berufsgenossen Deutschlands", Herr C. Legien, zu sein. Es kann deshalb auch wohl angenommen werden, daß der berigte Artikel von der so genannten "Generalcommission" inspirirt worden ist. Vielleicht würde da ein wenig mehr Verdrückung seitens der Behörden helfen. Dieß werden doch wohl schließlich auf das sozialistisch anheben."

Die Redaktion des "Gewerbeverein" liest offenbar die Arbeiterpreise, die sozialpolitische, schlecht, sonst müßte sie wissen, daß die Gedanken, welche der vor ihr angeführte Artikel unseres Bruderorgans enthält, schon seit Jahren weit wie weit in sozialistischen Blättern zum Ausdruck gebracht worden sind. Wir selbst haben uns in diesem Blatt vor etwa drei Jahren genau in demselben Sinne ausgedrochen. Einel "Inspiration" seitens der Generalkommission bedürfte es wahrscheinlich nicht, um zu sagen, was hunderttausende sozialistische Arbeiter seit Jahren über die Hirsch-Dünndorfer Gewerbevereine für eine Meinung haben.

Der "Gewerbeverein" aber nimmt die befreifenden Aussführungen als eine "neue Ausgeburt sozialistischer Bosheit". Es muß ihm nichts, gegen die nichtswürdigen Denunziationen Front machen, denn dieselben entsprechen durchaus der Wahrheit. Das Blatt selbst giebt dies eines Theiles selbst zu, indem es schreibt:

"Gemeint haben wir zeitweilig darauf hingewiesen, daß die Fachvereine sozialistisch sind, in daß durch nachzuweisen, daß sie gerade deshalb unzählig sind, als Arbeiterorganisationen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verbessern zu können. Eine Arbeiterorganisation, deren vornehmster Zweck ist, ihren Mitgliedern Dinge in den Kopf zu setzen, an deren praktische Durchführung kaum ein vernünftiger Mensch ernsthaft denkt, ist unfähig, eine Verbesserung der bedauerlichen Lage der Arbeiter herbeizuführen zu können. Und mit den Fachvereinen liegt es so. In den sozialistischen Blättern sowohl wie auch von sozialistischen Rednern wird niemals ein Hehl daraus gemacht, daß die Fachvereine sozialistisch sind, ja, es wird mit einem gewissen Stolz gerade darauf hingewiesen und oft genug ebendort hinzugefügt, daß die politische Fortbildung für den sozialistischen Zukunftstaat das Alpha und Omega der Fachvereine sei und auch sein müsse. Diese Thatache ist also den Behörden von den Sozialdemokraten selbst hinreichend bekannt gegeben worden, und könnten die Behörden die lokalen Fachvereine Grund dafür auflösen, so würde es gewiß auch längst geschehen sein."

Als ob das nicht schon in Hunderten von Fällen geschehen wäre! Gerade zur Zeit des Sozialisten Gesetzes, als dasselbe wie ein Damolleschwert über den Fachvereinen hing, hat der "Gewerbeverein" sich besonders bemüht, diese Vereine als "sozialistisch" zu kennzeichnen, und zwar, nach unserer Überzeugung, der wir auch öfters Ausdruck gegeben haben, allerdings zu dem Zwecke, die "Verbindung" der sozialistischen Fachvereine mit durchzuführen zu helfen.

Darüber, daß in den Fachvereinen den Arbeitern Dinge in den Kopf gelegt werden, an deren praktische Durchführung kaum ein vernünftiger Mensch ernsthaft denkt", (III) verlohn es sich nicht, mit dem "Gewerbeverein" zu rechten. Ein Blatt, welches so unverständlich ist, daß der Arbeiter das dumme Märchen von der "Harmonie zwischen Kapital und Arbeit" immer wieder aufzubinden zu wollen, kann nicht im Namen vernünftiger Menschen sprechen. Denn das ist die klonomische und sozialpolitische Unvereinbarkeit in höchster Entfaltung."

Die Thatache, daß es an kräftigen, einflussreichen Arbeiterorganisationen fehlt, seit der "Gewerbeverein" auf das Schulblotto der indifferenzen Arbeiter und auf das der Sozialdemokratie. Der letztere Schluß ist es, daß die deutschen Arbeiter in mehrere Organisationen zerstückelt und damit machtlos sind. Niemals werden alle Arbeiter politisch oder religiös derselben Mächtigkeit angehören und jede Arbeiterorganisation, die sich einen politischen oder religiösen Charakter besetzt,

wird deshalb der Arbeiterbewegung niemals praktischförderlich sein können."

Und das schreibt das Organ der Vereine, die s. B. gegründet worden sind zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Arbeiter für die politischen Zwecke der Fortschrittspartei zu missbrauchen! Freilich, deshalb haben die hiesigen Dünndorfer Gewerbevereine niemals der Arbeiterbewegung förderlich sein können.

Die Zeit wird kommen, wo die deutschen Arbeiter nicht mehr in mehrere Organisationen zerstückelt sind. Und diese Zeit kommt, je eher, je schneller der sozialistische Gedanke unter den Arbeitern sich entwickelt. Von diesem Gedanke wird mehr und mehr die Arbeiterorganisation beherrscht und durchdringen, ohne daß sie sich "einen politischen oder religiösen Charakter" besetzt.

Situationsbericht.

Maurer.

Phorzhain. Am Sonntag, den 21. d. M. fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Zu nächst wurde die Neuwahl der Zahlstellenverwaltung vorgenommen, dieselbe hatte als Resultat: 1. Vorsitzender: Bader, Büchelmäßig; 2. Schmidt; dessen Stellvertreter: D. Bader, Kassirer; 3. Steinbaum, dessen Stellvertreter: E. Blum, Schriftführer. Im "Berichteten" wurde ein Antrag angenommen, dem Verbreiter des "Grundstein", Kollegen G. Schwarz, für jedes Exemplar 3,- als Botenlohn zu gewähren. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. Am der am 18. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands mache vor Eintritt in die Tagesordnung der Bevollmächtigte bekannt, daß in der nächsten Woche die Wählerversammlung der Wahlabschaffung III zum Gewerbericht stattfindet und daß die Mitgliederversammlung ausfällt. Zum ersten Punkt: Das Hamburgische Gewerbericht, hielt Bader seine Kandidatenliste. Derjenige erklärte zunächst stets für die Interessen der Arbeiter einzutreten zu wollen. Er erläuterte dann einige Punkte des Gesetzesentwurfs. In der darauf folgenden Diskussion erklärte sich Bader mit den Ausführungen des Kandidaten einverstanden. Meier und Bömelburg waren durch Bader's Ausführungen nicht zufrieden, weil er das Gesetz einen "Alt-sozialreformatorischen Gesetzesgebung" genannt und dasselbe nicht genügend erläutert habe. Das müßte man doch von einem zuständigen Vertreter verlangen, daß er das Gesetz kennt. Bader erwiderte, daß, wenn er nicht im Stande wäre, das Amt eines Beisitzers zu verwalten, er die Kandidatur überhaupt abgelehnt hätte. Er sei auch genügend vorbereitet gewesen, habe jedoch von weiteren Ausführungen Abstand genommen, weil einige Freunde ihn ersucht hätten, seinen Vortrag nicht so weit auszudehnen. Bömelburg war der Meinung, daß man darüber noch urtheilen könne, ob die Kandidaten ihre Aufgabe gewachsen sind, weil es etwas ganz Neues ist. Deshalb sei es überflüssig, noch weiter darüber zu diskutieren. Zum zweiten Punkt: "Rechtschutzangelegenheit", kritisierte Bömelburg das Verhalten einiger Mitglieder, die auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung angefangen waren, um Rechtschutz nachgesucht haben, die Verwaltung aber nicht in Kenntniß gesetzt, wann der Termin stattfinden sollte. Als diejenigen freigesprochen waren, haben sie es auch dann noch nicht notwendig erachtet, nach der Verhandlung dem Bevollmächtigten davon Mitteilung zu machen. Dieses dürfe jedoch in Zukunft nicht wieder vorkommen. Darauf erstattete Schwarz Bericht vom Gewerbsblatt. Dasselbe habe beschlossen, die Brauer von der Marienhöher Brauerei energisch zu unterdrücken. Zum vierten Punkt wurde noch über einen Bau in Barmbek verhandelt, an welchem ein Maurer (Nichtverbandsmitglied) verunglückt ist durch ungenügende Abdichtung der Balkenlagen. Den dort arbeitenden Mitgliedern wurde zu Rat gemacht, daß sie zu jagen, daß die Balkenlagen vorschriftsmäßig abgedichtet werden. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Maurer und Bäuerer tage am 21. Februar, in Norbert's Festsaal unter Leitung der Kollegen Kestau, Förster und Schigolst mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag über Gewerbe-Schiedsgerichte, Referent: Stadtverordneter Vogtherr; 2. Berichterstattung über die von den Bürgern auf Listen gemeldeten Gelder zum Buchdruckersteuer; 3. Unserer leidigen Böhmisch-Preußischen und Berlischen. Da der Referent noch nicht erschienen war, wurde zunächst Punkt 2 der Tagesordnung verhandelt und gab der Vertrauensmann der Bäuerer, Kollege Förster, Bericht über die bei ihm eingelaufenen Gelder; danach waren eingegangen bis zur Revision am 19. Januar 2089,20. nachträglich. " 17,-

macht M. 2106,20
die Ausgaben betragen " 6,35

bleibt M. 2099,85
davon sind an die Buchdrucker abgeliefert " 1900,-

und verbleiben noch M. 199,85

Die Kosten stehen noch 6 Stück. Die Richtigkeit der vorgelegten Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und dem Vertrauensmann einstimmig Decharge ertheilt, denselben werden auf Antrag zur gebührlichen Wahrnehmung M. 40 aus dem Generalfonds bewilligt. Ferner beschloß die Versammlung, die Namen derjenigen Kollegen in geeigneter Weise zu veröffentlichen, welche sich an den Sammlungen beteiligt haben, und wurde der Vertrauensmann Förster damit beauftragt. Zu Punkt 1 nahm an Stelle des verhinderten Genossen Vogtherr der Stadtverordnete Sabörder Entwurf des Ortsstatuts klar, darauf hinweisend, daß von sozialdemokratischer Seite im "rothen Hause" des Dörfers angeregt worden sei, daß für den Arbeiter

bei eventuellen Lohnstreitigkeiten ein schleuniges und losenlosen Gerichtsverfahren eingeführt werden, sobald jedoch die vorhandenen Mängel des Status gebührend heben. An der sehr lebhaft geführten Diskussion beteiligten sich die Kollegen Schröder, Dähne, Kronz, Schulz, Dietrich, Silberschmidt und Buchholz und sprachen sämtlich im Sinne des Referenten. Auf Antrag Dähne wurde das Bureau der Versammlung beauftragt, sich mit den übrigen Gewerkschaften bezüglich der Frage der Gewerbegebiets zu verständigen, damit nach dieser Richtung ein einheitliches Vorgehen erfolge. Nachdem der Referent in seinem Schlusswort noch verschiedene Fragen beantwortet, legte jener ebenfalls Anwendungen an's Herz, nur für solche Beisitzer einzutreten, welche voll und ganz auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: "Die heutige bei Norberttagen öffentliche Maurer- und Putzerversammlung erklärt sich mit den Ausschreibungen des Stadtverordneten Sabot völlig einverstanden und protokolliert 1) gegen die Auslegung der Listen während eines Zeitraumes von nur acht Tagen, fordert vielmehr die sozialdemokratischen Stadtverordneten auf, für eine Offenlegung der Listen von mindestens vier Wochen Sorge zu tragen, damit jedem Arbeiter Gelegenheit werde, dieselben einzusehen; 2) hält die Veröffentlichung einer Entschädigung von M. 4 für einen Arbeitgeberzettel für zu niedrig, erwartet viel mehr, daß denselben der entgangene Arbeits verdienst sowie etwaige Unkosten erstattet werden." Der 3. Punkt mußte wegen vorderster Zeit abgesetzt werden und soll dertiefst in einer demnächst einzuberuhenden Versammlung behandelt werden.

Düsseldorf. Am Dienstag, den 16. Februar, fand die regelmäßige Versammlung der hiesigen Zahnstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt, in welcher zunächst die Neuwahl der Hohlstellenverwaltung vorgenommen wurde. Es wurden gewählt: Bartels als Bevollmächtigter, Schäfer als dessen Stellvertreter, Weißer als Kassier, Herold als dessen Stellvertreter, als Schriftführer Goetz, als Revisor Schmeinck, Köhl, Bartelius und als Verbreiter des "Grundstein" Herold und Bartelius. Auf Antrag des Kollegen Goetz wurde sodann nach kurzer Diskussion beschlossen, die Versammlung des Sonntags abzusagen. Die erste findet am Sonntag, den 6. März, Vormittags 11 Uhr, statt. Sodann wurde beschlossen, den "Grundstein" zwecks Agitation an verschiedene Kollegen am bietigen Orte zu senden. Zum Schluß machte der Bevollmächtigte noch auf den Werth und Nutzen der statistischen Erhebungen aufmerksam und empfahl die sorgfältige Ausführung der diesbezüglichen Bilder.

Biagni. Am 13. Februar hielt die hiesige Zahnstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands ihre regelmäßige Versammlung ab. Nachdem sich ein Mitglied hatte aufnehmen lassen, verlas der Kassier die Abrechnung, welche für richtig befunden wurde, da die Revisoren keine Mängel gefunden. Nunmehr wurde zur Wahl der Hohlstellenverwaltung geschritten und ergab dieselbe folgendes Resultat: Bevollmächtigter Herr Wenzig, dessen Stellvertreter Herr Schmidt, Kassier Herr Weiß, dessen Stellvertreter Herr Horn, Schriftführer Herr Tieke und Revisor die Herren Jung und Menzel. Nach diesem wurde ein Votum gewählt, welches gegen eine Vergütung von vierteljährlich M. 2 den Mitgliedern den "Grundstein" alljährlich auszustellen hat. Ein Antrag, bei jedem Todesfall eines Mitgliedes eine Extrasteuer zu erheben, wurde vertagt, da zunächst über die Höhe der Extrasteuer weitere Maßnahmen getroffen und die ganze Sache einer näheren Prüfung unterzogen werden soll. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Efen (Ruhr) Am Sonntag, 14. Februar, hielt die hiesige Zahnstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Bevollmächtigte gab einen Überblick über die Entwicklung der Zahnstelle vom Tage ihrer Gründung an. Er führte aus, daß die Mitgliederzahl von 22 am Anfang auf 68 am Schluß des Jahres gestiegen sei. Eingenommen wurden M. 202, wovon M. 98,40 an die Hauptkasse abgeführt seien und an 77 Mitglieder wurde Reiseunterstützung ausbezahlt. Er konstatierte, daß die Zahnstelle entgegen dem früheren Fachverein einen bedeutenden Aufschwung genommen habe, da letzterer es nie, auch in den stolzesten Geschäftsjahren nicht, über 50 bis 60 Mitglieder gebracht habe. Von einigen Kollegen wurden der Bevollmächtigte Vorwürfe gemacht, daß sie ihre Pflicht nicht voll getan haben, indem nicht genug öffentliche Versammlungen stattgefunden hätten. Auch wurde hervorgehoben, daß der günstige Stand der Zahnstelle wohl nicht lange anhalten würde, denn der rein Gewerkschaftlichen würden die Mitglieder bald überdrüssig werden. Wenn die Zahnstelle außerdem ein so günstiges finanzielles Resultat aufweist, so liege das an den hohen Beiträgen, die nach Hamburger Verhältnissen berechnet seien. Einige Mitglieder hätten ihre Meinung, wie ihren Rod gewechselt und traten nicht mehr mit der Energie wie in früheren Jahren für die Maurerbewegung ein. Der Bevollmächtigte widerlegte in treifender Weise die gemachten Anschuldigungen und bemerkte, daß das Einberufen öffentlicher Versammlungen Sache des Vertrauensmannes sei, außerdem hätten öffentliche Versammlungen im Winter wenig Werth, da die Mehrzahl der Kollegen abgereist sei. Das günstige finanzielle Ergebnis habe nicht in den hohen Beiträgen, sondern in der hohen Mitgliedergabe seine Ursache. Was den Rod jedoch angehe, so führe ein Mitglied aus, so gerue ihn es nicht, dieses gethan zu haben, der Rod der Generalisation passe ihm sehr gut. Lebhaftes sei es besser, die Mängel zu lösen und thätigstes für den Verband zu arbeiten, dann würde es bald besser werden. Nachdem nun noch einer der vorhergehenden Redner ausführte, daß er nicht der Bevollmächtigte, sondern den Mitgliedern den Vorwurf gemacht, ihre Schuldigkeit nicht gehan zu haben, wurde vom Kassier die Abrechnung verlesen; dieselbe wurde für richtig befunden und dem Kassier Decharge ertheilt. Bei der nun folgenden Wahl der Hohlstellenverwaltung wurden gewählt: J. Koch als

Bevollmächtigter, G. Denke als dessen Stellvertreter, B. Niege als Kassier, G. Späth als dessen Stellvertreter, A. Hasemann als Schriftführer, Hanfels, Antilich und Mossent als Revisor. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Frankenhausen (Kyrchhäuser). In der am Sonntag, den 14. Februar, abgehaltenen Mitgliederversammlung der hiesigen Zahnstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. wurde zunächst die Neuwahl der Zahnstellenverwaltung vorgenommen und die Kollegen A. Höhne als Bevollmächtigter, L. Kratzl, als dessen Stellvertreter, A. Böckel als Kassier, R. Schaub als Revisor gewählt. Die Wahl des Vertrauensmannes wurde wegen besonderer Gründe bis zur nächsten Versammlung vertagt. Sodann nahm zum Punkt „Lohnfrage“ Kollege Barthel das Wort und führte aus, daß der Lohn am bietigen Orte im Verhältniß zu den anderer Städte ein zu niedriger sei, da die Preise aller Lebensmittel hier ebenso hoch seien, wie anderswo. Er beantragte, eine Kommission zu wählen, welche mit dem Meister über eine Forderung von 27 1/2 per Stunde, bisher betrug der Lohn nur 22 1/2 per Stunde, in Unterhandlung treten soll. Der Antrag wurde angenommen. Im „Verschiedenen“ erhielten die Kollegen Günther und Götz die Mitglieder, eine eifige Agitation zu den Verbänden auf den Bauten zu entfalten, damit bald alle Maurer-Mitglieder derselben seien. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Bremen. Am Mittwoch, den 17. Februar, fand in der Vereinskasse die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahnstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. im Votale des Herrn Wischmeier, Nitterstraße 18. Nachdem sich 2 Mitglieder hatten aufnehmen lassen, wurde zur Wahl der Zahnstellenverwaltung geschritten und wurden gewählt: zum Bevollmächtigten Gottlieb Kühlmann, als dessen Stellvertreter Wilhelm Schwier, zum Kassier August Bade, als dessen Stellvertreter Friedrich Büthmann und zum Schriftführer Karl Tschirhart. Als Revisor wurden die Kollegen Clemming, Korte und Süß gewählt. Nachdem im „Verschiedenen“ vom Kollegen Weitzinger Einiges zur Sprache gebracht war, wurde die Versammlung um 7 Uhr von dem Bevollmächtigten geschlossen.

Norden i. W. Am Sonnabend, den 18. Februar, abends 6 Uhr, tagte eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahnstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands statt.

Nachdem sich 2 Mitglieder hatten aufnehmen lassen, wurde zur Wahl der Zahnstellenverwaltung geschritten und wurden gewählt: zum Bevollmächtigten Trenner aus Osterstein erklärte, daß er mit so wenigen Unterstützern nicht ausfahne, sondern lieber aus dem Verband austreten wolle. Hierauf trat Schluß der Versammlung ein.

Norden i. W. Am Sonnabend, den 18. Februar, abends 6 Uhr, tagte eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahnstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. im Votale des Herrn Wischmeier, Nitterstraße 18. Nachdem sich 2 Mitglieder hatten aufnehmen lassen, wurde zur Wahl der Zahnstellenverwaltung geschritten und wurden gewählt: zum Bevollmächtigten Gottlieb Kühlmann, als dessen Stellvertreter Wilhelm Schwier, zum Kassier August Bade, als dessen Stellvertreter Friedrich Büthmann und zum Schriftführer Karl Tschirhart. Als Revisor wurden die Kollegen Clemming, Korte und Süß gewählt. Nachdem im „Verschiedenen“ vom Kollegen Weitzinger Einiges zur Sprache gebracht war, wurde die Versammlung um 7 Uhr von dem Bevollmächtigten geschlossen.

Düsseldorf. An einer am 5. Februar stattgefundenen Maurerversammlung sprach der Kollege Albert Paul aus Hannover über das Thema: „Die wichtigtätige Notlage im Baugewerbe und wie ist Abbau zu schaffen.“ Von einer Wiedergabe der Ausschreibungen nehmen wir Abstand, da dieselben schon in vorhergehenden Nummern unseres Blattes enthalten sind. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Handke und Schmidt und sprachen im Sinne des Referenten Kollege Bartels erstmals um bessere Betheiligung an der Central-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“. Hierauf erfolgt Schluß der Versammlung.

Wandsbek. In der am 23. Februar von der hiesigen Zahnstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde die Zusammenstellung der örtlichen Statistik verlesen. Hierauf wurden 52 Fragebögen eingeliefert. Die Einleger arbeiteten 122 3/4 Stunden, verdienten an Vohn M. 73 852,24, an Aufordnung M. 284,70. Gefeiert wurden wegen Krankheit 2063 1/2 Stunden, wegen Arbeitsmangel 6160 Stunden, wegen Witterungsbedingungen 9168 1/2 Stunden, wegen militärischer Übungen 466 Stunden, im Ganzen 146 752 1/2 Stunden. Der Durchschnittsverdienst betrug M. 1420 oder pro Stunde 60 1/2. Nach unserer Zahnstabelle vom 1. Januar bis 31. Dez. 144 118 Stunden = M. 78 852,24 oder pro Stunde 51 1/2. Nach letzterer könnte jeder Einzelne 277 1/2 Stunden arbeiten. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt, erfolgte Schluß um 9 Uhr.

Kiel. Am Mittwoch, 24. Febr., tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahnstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. im Englischen Garten mit der Tagesordnung: 1. Der Organisationsentwurf der Gewerkschaften Deutschlands. 2. Vorlage eines Regulativs zu einem Regelverfond. 3. Streitsache Batau und Genossen. 4. Verschiedenes. Im ersten Punkt wurde darauf hingewiesen, daß eine Diskussion über den Entwurf zwecklos wäre, weil etwaige Anträge, die gestellt wurden, als verschämt eingegangen seien. Beurteiligung mehr finden würden. Zum zweiten Punkt wurden verschiedene Anträge gestellt: 1. Der Regelverfond sollte dazu dienen, die Ausgaben, welche nur im Interesse der Allgemeinheit, also sämtlicher Maurer fielen, zu definieren und weiterhin bei etwaiger Arbeitslosigkeit den Interessenten eine kleine Unterstützung zu gewähren. Ein anderer Antrag besagte, von der Unterstützung abzusehen und die entstehenden Unkosten durch einen freiwilligen wöchentlichen Beitrag von 10 1/2 aufzubringen. Letzterer wurde abgelehnt und verpflichtete sich die Mitglieder, für denselben in einer demnächst einzuberuhenden öffentlichen Maurerversammlung einzutreten. Der dritte Punkt wurde binnen wenigen Minuten erledigt. Im „Verschiedenen“ meldete sich Niemand zum Wort und erfolgte hierauf Schluß der Versammlung.

Wilhelmshaven. Am Dienstag, 23. Februar, hielt die hiesige Zahnstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands usw. eine Mitgliederversammlung ab. Nachdem die Beiträge erhoben waren, erfolgte die Wahl der Zahnstellenverwaltung und wurden gewählt: A. Elsner als Bevollmächtigter, H. Biegenebein als Kassier, M. Maggus als dessen Stellvertreter, K. Burchard als Schriftführer und als Revisor Kummer, Burchard und Giesecke. Im „Verschiedenen“ wurde beschlossen, einen Arbeitsnachweis zu erläutern, und wurde der Kollege Nachtmann, Bildmärkte, Kopperhörn, mit der Ausführung betraut. — Es diene den Kollegen, welche etwa gefouhnen sind, nach hier zu reisen, zu kennzeichnen, daß an den bietigen Orte keine Arbeit zu bekommen ist, denn die Hälfte der bietigen anlässlichen Kollegen ist arbeitslos und kann auch trotz aller Mühe

leine Arbeit erhalten. Die hiesigen Verbandsmitglieder werden eracht, besser die Versammlungen zu besuchen und daß Sorge zu tragen, daß alle Kollegen zu dem Bewußtsein kommen, Verbandsmitglieder sein zu müssen.

Wedel. Am Sonntag, den 21. Februar, Nachmittags 4 Uhr, hielt die hiesige Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands u. v. eine Mitgliederversammlung ab mit folgender Tagesordnung:

1. Vorlesung des Vortrags und Besprechung desselben.
2. Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kamerad H. Schäfer den Vortrags nebst Arbeitsbedingungen und wurden beide ohne wesentliche Aenderungen angenommen. Es wird den Meistern demnach folgender Vortarif zugehen:

| Zahl der Woch. | Datum | Wochenlohn | | | | | | | | | | | |
|----------------|----------|------------|----------|--------------|----------|--------------|----------|--------------|----------|--------------|----------|--------------|----------|
| | | 4.50 | 4.05 | 4.05 | 4.05 | 3.80 | 3.75 | 3.60 | 3.55 | 3.50 | 3.45 | 3.40 | 3.35 |
| Arbeitszeit: | Gefährd. | Sper | | | | | | | | | | | |
| | | 1/2 Stunde | 1 Stunde | 1 1/2 Stunde | 2 Stunde | 2 1/2 Stunde | 3 Stunde | 3 1/2 Stunde | 4 Stunde | 4 1/2 Stunde | 5 Stunde | 5 1/2 Stunde | 6 Stunde |
| | | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| | | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| | | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| | | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| | | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| | | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| | | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| | | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| | | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| | | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |

Lohn-Tarif für die Bauteilearbeiter von Wedel und Umgegend.

Gültig vom 2. Mai 1892 bis 1. April 1893

Bedingungen.

1. Der Lohn beträgt vom 2. Mai 1892 bis 1. April 1893 per Stunde 45 & bezahlt. Wird Sonntags gearbeitet, so ist eine Stunde früher, Feierabend ohne Lohnabzug.

2. Für Sonntags-, Wasser- und Überstundenarbeit wird per Stunde 55 & bezahlt. Wird Sonntags gearbeitet, so ist eine Stunde früher, Feierabend ohne Lohnabzug.

3. Als Überstunden werden betrachtet eine Stunde vor Anfang und zwei Stunden nach Beendigung einer in der Tabelle vorgeschriebenen Zeit.

4. Die Nacharbeit wird gerechnet von 8 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens und wird die Stunde mit 60 & bezahlt. Wird die ganze Nacht gearbeitet, so wird eine Stunde Pause gemacht, welche bei der Lohnzahlung nicht in Abrechnung gebracht wird.

5. Für Arbeit, welche über 20 Minuten von Wedel, Spiekendorf und Schulau entfernt ist, wird per Stunde 50 & für Sonntags-, Wasser- und Überstundenarbeit wird 60 & und für Nachtarbeit 65 & bezahlt. Für die Pulverbärfi gelten die unter dieser Nummer beigezeichneten Vornüsse.

6. An jedem Neubau muß eine genügend große, wind- und wasserichte Baubude und ein Abort vorhanden sein.

7. Der Lohn muß jeden Sonnabend auf dem Bau während der Arbeitszeit ausbezahlt werden.

8. An jedem Bau muß ein Platz mit den Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt sein.

9. An den Sonnabenden vor Ostern und Pfingsten wird 1 1/2 Stunden früher Feierabend gemacht ohne Lohnabzug. In diesem Falle wird keine Vesperpause gemacht.

11. Eine Kündigung findet nicht statt.

Die Vornüsse im Iffez von:

Wir sind begierig, zu erfahren, ob die Meister den Tarif annehmen und dadurch den von ihnen von 45 & auf 40 & herabgebrachten Lohn auf seine schiere Höhe

erhöhen oder ob sie unsere gewiß gerechte Forderung angeschlagen werden. Im leichten Falle würde uns ein Streit kaum von Nutzen sein, weil hier Arbeitskräfte genug zu haben sind. Wie dem aber auch sei, die Wedeler Kameraden werden daraus erssehen, daß es notwendig ist, sich selber und selber dem Verbande anzuschließen, um gegebenenfalls ihre Forderung mit Nachdruck durchzuführen zu können. Im zweiten Punktnahm der Bevölkerung das Wort und fordert die Kameraden auf, ihre Beiträge regelmäßig zu bezahlen und nicht so lange damit zu warten, bis das Bezahlen Unannehmlichkeiten mit sich bringt. Ferner wurde vom Kameraden Siebenicher ein Antrag eingebracht, die Versammlungen vom ersten auf den letzten Sonntag im Monat zu versetzen, weil am ersten Sonntag der Arbeitserbildungsvorstand seine Versammlungen habe, wogegen ein Referent erscheine und den Kameraden die Möglichkeit genommen werde, solche lehrreiche Vorträge, die gewiß zur Erweiterung ihres Wissens beitragen würden, anzuhören. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nachdem noch vom Kassirer die Kameraden, welche noch keine Statistikbücher haben, aufgerufen waren, sich dieselben so bald wie möglich bei ihm abholen, daß die Zeit, in der noch Bücher verabfolgt werden, bald vorbei sei, wurde die Versammlung um 8 Uhr geschlossen.

Stettin. In der am 24. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands sprach zunächst Kollege Reichenkert über die am Dreie herrschende Theuerung und kam zu dem Schluss, daß Angstfurcht dieser Thatsache die Kollegen schon vielfach klage geführt hätten über die hohen Verbandsbeiträge. Der zu dem nächsten Verbandsstag zu entsendende Delegierte mußte verpflichtet werden, für eine Ermäßigung der Beiträge und eine Umdarstellung des Status in dieser Hinsicht einzutreten. Die Kollegen Löwewitz und Höhner sprachen sich in gleichem Sinne aus, nur meinte Letzterer, daß die Sache noch nicht so eile, da der Verbandstag noch garnicht ausgeschrieben sei. Kollege Schmidt war der Ansicht, daß die Mitglieder verpflichtet seien, so lange das Statut aufrecht zu erhalten und den auf den Kongressen gefassten Beschlüssen nachzukommen, bis dieselben geändert würden. Es sei kaum zu erwarten, daß der Verbandsstag einen Antrag auf Herabminderung der Beiträge annehmen werde, da jowil er aus den Versammlungsberichten ersehen habe, sich außer Altona noch keine andere Stadt über die Höhe der Beiträge beschwert habe. Es würde besser sein, die unangeführten Maurer an den Verbandsbezirkszusammen, lieber würde hierin aber wenig oder gar nichts geleistet. Ein Beschluß in dieser Sache wurde nicht gefasst. Nachdem von dem Kollegen Höhner noch angeregt, wie alljährlich so auch in diesem Jahre zu Ostern ein Vergnügen abzuhalten, wurde die Versammlung geschlossen.

Lüneburg. Am 24. Februar fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Der Bevölkerung erschien zum 1. Punkt der Tagesordnung Bericht über eine Sitzung von Gewerkschaftsdelegierten, in welcher über die Gründung eines Gewerkschaftsartells berathen worden sei. Es sei bischlossen, vor der Gründung des Artells so lange Abstand zu nehmen, bis der Gewerkschaftscongres getagt habe. Die Kollegen Jacobini und Heuer bewehrten sich, daß frühere gute Kollegen, die jetzt Bauunternehmer geworden, lieber Fremde als die hiesigen verheiratheten Maurer in Arbeit stellten. Die Versammlung pflichtete den Kollegen bei, bedauerte aber, hieran nichts ändern zu können. Sobann machte der Bevölkerung bekannt, daß in der nächsten Woche die Arbeitszeit von Morgens 7 Uhr bis Abends 6 Uhr sei. Im Punkt "Beschiedenes" beantragte Kollege Heuer, in diesem Jahre auch den Bauunternehmern den Vortarif zugestellt, was auch angenommen wurde. Kollege Führhoy, welcher ebenfalls Bauunternehmer ist, erklärte, daß es nicht notwendig sei, ihm den Vortarif schriftlich zuzustellen, er werde seine Bejurnung nicht ändern, sondern treu zum Verband halten. Kollege Heuer als Mitglied der Lohnkommission gab fund, daß sein Meister ihm erklärt habe, der Vortarif sei infolge angenommen, nur würden die Überstunden nicht mit 50, sondern wie bisher mit 45 & bezahlt werden. Einige Kollegen beschwerten sich, daß der Schriftführer so wenig Berichte an die Redaktion des "Grundstein" einseide, worauf der Schriftführer erwiderte, daß, da die Versammlungen stets so schwach besucht gewesen, kein Stoff zu Berichten vorhanden gewesen sei. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Barmen. Am 21. Februar fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands u. v. statt, in welcher nachdem der Bevölkerung einen kurzen Rückblick über die Entwicklung der Zahlstelle gegeben, aus welchem hervorzuheben ist, daß vom 1. Oktober v. J. bis zum 1. Februar d. J. sieben Versammlungen, darunter eine, in welcher ein Vortrag gehalten wurde, stattfanden, die Wahl der Zahnstellenverwaltung vorgenommen wurde. Es wurden gewählt: C. Böthling als Bevölkerung, C. Menken als dessen Stellvertreter, G. Erdmann als Kassirer, C. Reichenkert als dessen Stellvertreter, C. Stapelsfeldt als Schriftführer, C. Behrens, F. Wegener und A. Krüger als Beisitzer. Sobann wurde von der Versammlung beschlossen, den Vortarif nicht zu verändern, indem der alte noch immer inne gehalten wird. Im Punkt "Beschiedenes" wurde noch bekannt gemacht, daß für Krankenunterstützung M. 38,10 ausgegeben werden seien. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Bauhandwerker.

Pforzheim. Am Mittwoch, den 17. Februar, stand im "Wilhelmsteiner" eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt, in welcher Kollege Paul aus Hannover einen Vortrag hielt über "Die wirtschaftliche Notlage im Arbeitervorstand und wie ist Abschluß zu schaffen?". Am Schluß des mit Beifall aufgenommenen Vortrages wurde folgende Resolution angenommen:

"Die heutige öffentliche Bauhandwerker-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und findet, daß eine Abhöhe der im Bauwesen herrschenden Notlage durch Festsetzung eines Maximal-Arbeitsstages möglich ist. Die Versammlung erklärt ferner, daß um dieses erreichen zu können, der Anschluß der Arbeiter an ihre resp. Verbände notwendig ist.

Eisleben. Am Mittwoch, den 10. Februar, tagte im "Salhof" zum Kronprinz eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung, zu welcher Kollege Michael Bey er aus Leipzig als Referent erschien war. Nachdem Kollege Weber als Einberauer die Versammlung eröffnet hatte, wurde die Bureauwahl vorgenommen und in dasselbe gewählt: Fritz Weber, Maurer, erster Vorsteher, Fritz Ehrlach, Steinleger, zweiter Vorsteher, Hermann Vorbeck, Zimmermann, Schriftführer. Sobann erhielt der Vorsitzende dem Referenten zu seinem Vortrage die wirtschaftlich-festiale Lage der Arbeiter und die Notwendigkeit der berufs-gewissenschaftlichen Organisation", das Wort. Redner schilderte die traurige Lage der Arbeiter, als Beispiel wies er auf Rusland hin und ermahnte die Versammlung, auch an unser Notland zu denken. Es sei notwendig, uns zu organisieren, um gegen die Unternehmer, welche einen Druck auf uns ausüben, gemeinsam vorgehen zu können. Ferner wies Redner auf das Arbeiterdurchschnitt und die Wohlthätigkeitsanstalten hin; was für Gutes aber für den Arbeiter damit geschaffen, beweise unsere traurige Lage. Als Beispiel führte er an, daß in seiner Vaterstadt in einer Woche 60-80 obdachlose Personen gesammelt werden. Redner wies darauf hin, wie durch die lebigen Verhältnisse immer mehr Arbeiter in das Verbrechen getrieben werden, deshalb müsse von der Gesetzgebung ein Druck auf das Unternehmertum ausgeübt werden. Betreffs der berufs-gewissenschaftlichen Organisation hob Redner hervor, daß durch eine Zentralleitung die Übersicht über die Lage der Arbeiter eher zu ermöglichen sei, und könnten die Zustände nicht mehr leicht festgestellt werden, wie es schon der Fall gewesen sei. Die Grundlage der Regelung unserer Organisation sei die Erstellung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Pflege der Statistik, des Herbergswesens verbunden mit Arbeitsnachweis und die Wanderunterstützung. Betreffs der Statistik legte Redner jedem an's Herz, selbstige gewissenhaft anzustreben, damit wir eins mit dem Kapital mit Bäumen entgegentreten und beweisen könnten, was eine Arbeiterfamilie notwendig braucht, um einigermaßen als Mensch zu leben. Sobann hob Redner hervor, daß in großen Städten die Unternehmer den Arbeitsnachweis in der Hand haben, aber daß nicht dem Unternehmer, sondern dem Arbeitnehmer das Recht auf sie selbst zu regeln, denn der Arbeiter bringt seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt, mithin müsse auch der Arbeiter über seine Kräfte selbst verfügen. Zum Schluß ermahnte er die uns noch fernstehenden, sich doch der Sache anzuschließen, und Mann an Mann an einander zu ziehen, um uns sagen zu können, jetzt haben wir ein Gutes geschaffen. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen lehrreichen Vortrag. Nachdem der Vorsitzende im Namen der Versammlung seinen Dank für den Vortrag ausgesprochen hatte, stellte er denselben zur Diskussion, wozu Kollege Seelig das Wort ergreift. Er führt aus, daß es überflüssig sei, über den Vortrag zu diskutieren, aber was die Statistik beträfe, so müsse er, Redner, nochmals dringend ermahnen, die Bilder plakatisch auszufüllen, denn er habe im vorigen Jahre die Statistik mit in Händen gehabt und gefunden, daß die Bilder nicht zur Zufriedenheit ausgestellt waren. Über das war doch festzustellen, daß die Maurer einen Durchschnittslohn von M. 800 ge-habt hätten. Er, Redner, habe seine Ausgaben mit den Einnahmen verglichen, und da habe sich ein Defizit von M. 28 herausgefegt, trotzdem sei er aber in einer höheren Steuerfuge gehäuft worden. Da sich keiner weiter zum Wort meldete, schloss der Vorsitzende um 11 Uhr die Versammlung.

Korrespondenzen der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Zum Gewerkschaftskongreß.

Die Volkscommission in Halberstadt richtet während der Dauer des Kongresses im "Centralhotel" (erstes Gebäude links in Halberstadt) ein Wohnungsbureau ein und können sich die ankommandierten Delegierten zunächst hierhin wenden. Zu jedem Zug werden Mitglieder des Volksomitees am Bahnhof zur Abholung der Delegierten anwesend sein. Als Erkennungszeichen tragen die Komitee-mitglieder eine weiß und rote Schleife.

Es gehen uns noch folgende Resolutionen, die dem Kongreß unterbreitet werden sollen, zur Veröffentlichung zu:
"In Erwägung, daß die Neuorganisation der Gewerkschaften nur dann vortheilhaft und siegreich wirken kann, wenn alle Gewerkschaften zu derselben herangezogen werden, erfüllen wir den Kongreß, einen Beschluß dahin zu fassen, daß durch die Neuorganisation dafür Sorge getragen wird, daß erstens alle Gewerkschaften, welche noch nicht organisiert sind, zu einer Organisation herangezogen werden; zweitens denjenigen Gewerkschaften (z. B. Müller, Bäcker, Fleischer, Bierbrauer), welche durch die Eigenartigkeit ihres Berufes noch an unregelmäßiger Arbeitszeit und sonstigen kreativen Mitteln auf's Schlimme zu leben haben, bei etwa ausbrechenden Streiks die größte Sympathie zu gewähren, sich in jeder Weise solidarisch mit ihnen zu erklären und dieselben materiell und moralisch zu unterstützen. Sollte es dem gemeinsamen Wirken der Organisationen gelingen, die Arbeiter der Müllerbranche aufzulösen und ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, so würde für die Bandagitation viel gewonnen sein; es würde dies auch möglich machen, daß auch die landwirtschaftlichen Arbeiter mehr aufgestützt und der Organisation zugänglich gemacht würden, indem die Müllerarbeiter als gute Agitatoren aus dem Lande, wo die meisten ihrer Arbeit haben, vorwärts würden."

Das Vorstand und Ausschuß des Verbandes deutscher Müller und verw. Berufsgenossen,

In Erwägung, daß die gesamte moderne Arbeiterschaft nur gewinnen kann, wenn das gesamte Proletariat daran beteiligt ist; in Erwägung weiter, daß die Gewerkschaftsgesellschaften aus eigener Kraft kaum im Stande sein werden, ihre soziale Lage zu verbessern, beschließen die auf dem Kongreß versammelten Delegierten, ihre Gewerkschaften zu bestimmen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Kellner aus ihrer jetzigen Lage befreit werden. Sie verpflichten sich, dort, wo sie Einfluss haben, die Wirthschaften zu veranlassen, Konzessionen an ihre Kellner zu machen.

Um Anbruch dessen, daß in den größeren Industriestädten oder Gemeinden das gesamte Unternehmertum, aller Industrien und Gewerbe bei Lohnbewegungen der Arbeiter auch mit eines Gewerbes demselben geschlossen gegenübersteht, um die Arbeiter an der Ausnützung des ihnen gewohnten Rechtes (§ 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung) zu verhindern, beschließt der Gewerkschaftskongreß, den Arbeitern aller größeren Industriestädte die Bildung von Gewerkschaftskartellen nach Maßgabe des veröffentlichten Antrages zum Gewerkschaftskongreß (siehe Nr. 10 des "Vorwärts" vom 13. Januar 1892, Gewerkschaftskartelle betreffend) vorzuschlagen.

Beratungsmutter der Kellner Berlins

vom 9. Februar 1892.

Die Anmeldung der Delegierten hat unverzüglich bei dem Unterzeichneten zu erfolgen.

Die Generalkommission

der Gewerkschaften Deutschlands.

E. Legien,

Hamburg, St. Georg.

An der Koppel 74, 1. Etage.

Situationsbericht.

Die in unserem letzten Bericht gebrachte Mitteilung über einen Aufstand in der Armaturenfabrik von Wagner in Chemnitz hat sich als falsch erwiesen. Von zuverlässiger Seite wird uns aus Chemnitz berichtet, daß weder von einem solchen Aufstand noch von der genannten Person, die die Mithilfe an uns mache, etwas bekannt sei. Es hat noch nicht festgestellt werden können, welche Gründe den Entfernen bewogen haben, uns falsch zu berichten.

Am 27. Februar haben sämtliche Vorzeltarbeiter der Porzellanfabrik Altengesellschaft Königszelt die Arbeit eingestellt. Genereller Bericht liegt noch nicht vor.

Die Generalkommission.

In der Zeit vom 11. bis 24. Februar gingen bei der Generalkommission ein: M. 899,09.

Gerichts-Chronik.

Frühstückspanne. In Mainz hatte ein Schlosser seinen Gesellen sofort entlassen, weil dieser während der Frühstückspanne sich in ein nahe gelegenes Restaurant begeben hatte. Das Gericht erachtet verurtheilt den Meister wegen Nichtinnehaltung der Kündigungsschrift zur Zahlung des vierzehntägigen Gehaltes, da der Geselle während der Frühstückspanne seine Zeit beliebig verwenden könne und nicht verbunden sei, während derselben in der Werkstatt zu verbleiben.

* **Verurtheilung wegen Unfalls.** Ein Besitzer in Goldau hatte, wie der Braunschweiger "Geselle" mitteilt, vor kurzer Zeit an seinen Gebäuden Reparaturarbeiten auszuführen, jedoch die dabei beschäftigten Arbeiter nicht gegen Unfall versichern lassen. Durch den Zusammenbruch des Baugerüstes wurde ein Arbeiter schwer verletzt, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. Infolge eines von der Witwe gestellten Strafantrages wurde der Bau leitende Zimmermann wegen Jahrjähriger Tötung zu 4 Wochen Gefängnis und der Besitzer zur Tragung der Kosten und zur Unterhaltung der Frau und ihrer vier Kinder verurtheilt.

Zum "Ablegefecht" ließerte eine Verhandlung, welche fälschlich vor der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts stattfand, einen prinzipiell nicht unwidrige Beitrag. Die Anklage richtete sich gegen den Hausbauer Richard Hossen u. a. und den Kaufmann Albert Bod, welche sich gegen den § 154 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes dadurch verangten haben sollen, daß sie schon einmal verurtheilte Versicherungsärzte verängert, bez. festhalten haben. Bod hatte bis zum 29. August v. J. eine Verloufseife der Altersversicherungsmärkte und hat von dem Angeklagten Hoffmann, mehrere Male Versicherungsmärkte gelöscht, die dieser von Personen erstanden hatte, welche die Märkte aus ihren Versicherungsbüchern losgelöst hatten. Der Staatsanwalt erachtete hierdurch den § 154 Absatz 2 des Invaliditätsgeges für verlebt und beantragte eine Geldstrafe von je M. 30. Rechtsanwalt Dr. Gossmann vertrat dagegen den Standpunkt, daß die Angeklagten nicht bestraft werden können, da ein wesentliches Thatbestandsmerkmal des § 154 Absatz 2 fehle. Nach dieser Gesetzesbestimmung werde nur Verjenig bestraft, wer schon einmal verwendete Märkte nach gänzlicher oder teilweise Entfernung der darauf gelegten Entwertungsscheinen veräußert oder seit hält. Diese Voraussetzung lag aber hier nicht vor, da die aus den Quittungsbüchern losgelösten Märkte ein Entwertungsschein überhaupt nicht trugen, das Thatbestandsmerkmal einer "gänzlichen oder teilweisen Entfernung des Entwertungsscheines" also nicht erfüllt werden konnte. Der Gerichtshof folgte den Ausführungen des Verteidigers und erkannte auf Freispruch.

In Magdeburg wurden wegen Fortführung eines geschlossenen gewerkschaftlichen Vereins verurtheilt: Werner zu zehn Tagen, Bley zu M. 30 oder sechs Tagen, Deder zu M. 20 oder vier Tagen Strafe.

Literarisches.

Bon der Wochenschrift "Sozialpolitisches Zentralblatt", Beilage von "S. Guttentag", Berlin, sind die Nrs. 1-9 erschienen. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich M. 8. Einzelne Nummern kosten 25 Pf.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, J. S. W. Diek Verlag) ist das 21. Heft des 10. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor:

Des Pudels Kern. — Medizinisches. — Das Program der Geldreformer in den Vereinigten Staaten. — Die Zukunft und die Kunst. (Eine Erwiderung.) Von Paul Ehrn. — Zur Frage der Studiarbeit. Von W. Bröckler. — Notizen. — Feuilleton: Die Lessing-Legende. Eine Rettung. Von Franz Mehrtig. (Fortsetzung.)

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, J. S. W. Diek Verlag) ist soeben das 22. Heft des 10. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor:

Nordland. — Brief aus England. — Das Wachsthum der städtischen Bevölkerung. — Der Kampf um die Volksschule. Von Dr. L. S. — Erzegning. — Feuilleton: Die Lessing-Legende. Eine Rettung von Franz. Mehrtig. (Fortsetzung.)

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, J. S. W. Diek Verlag) ist soeben das 22. Heft des 10. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalte heben wir hervor:

Nordland. — Brief aus England. — Das Wachsthum der städtischen Bevölkerung. — Der Kampf um die Volksschule. Von Dr. L. S. — Erzegning. — Feuilleton: Die Lessing-Legende. Eine Rettung von Franz. Mehrtig. (Fortsetzung.)

Von der "Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterrinne (Stuttgart J. S. W. Diek Verlag) ist uns jüchsen die Nr. 4 des 2. Jahrganges zugegangen.

Aus dem Inhalte dieser Nummer heben wir hervor:

Nieder mit dem Militarismus. — Anna Louisa Karshin. — Korrespondenz. — Feuilleton: Weihnachten, Erzählung von Winnie Kaufman. (Fortsetzung.) — Arbeiterrinne-Bewegung. — Kleine Nachrichten.

Die "Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal.

Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen

(eingetragen in der Reichspost-Befreiungsliste für 1892 unter Nr. 2564 a) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Beifügung 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis, die zweigepaarte Preise

20 Pf.

Briefkasten.

Der Blätterparniss halber haben wir im Sammlungs-Anzeiger die Aenderung getroffen, daß jedes Mal nur die Versammlungen zur Anzeige gebracht werden, welche in der unmittelbar nach dem Erscheinen der jeweiligen Nummer folgenden Woche stattfinden. Wir bitten hieron Notiz zu nehmen.

Dortmund, Hildesheim. — Derartige Anzeigen können wir nicht aufnehmen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Sitz Hamburg.

Bekanntmachungen.

Nachstehende Poststellen haben die Wahl ihrer Verwaltungbeamten beim Vorstand angemeldet:

Bielefeld, Bülow, Bromberg, Geisenkirchen, Nordrhein, Neustadt (Ober-Saale), Nienburg a. W., Pforzheim, Rostock, Röbel, Tempelhof, Vegesack, Wilhelmshaven. — Sämtliche in vorstehenden Zahlstellen gewählte Verwaltungsbeamten sind durch den Vorstand nach § 18 des Statuts bestätigt.

In Magdeburg wird die Reiseunterstützung von Oberhau, Kl. Steinernenstraße 17, Restaurant "Zur Einigkeit", ausgezahlt.

Ter Vorstand:

J. A. A. Dammann, Vorsitzender.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands "Grundstein zur Einigkeit".

(Gingeschriebene Hälfstafte Nr. 7. Gip.: Altona.)

In der Woche vom 21. bis 27. Februar sind folgende Beträge eingezogen: Von der örtlichen Verwaltung Wandstedt 60.

Büchse erhielten: die örtliche Verwaltung in Alvensleben 150, Bunsdorf 100, Gorz 100, Mannheim 200, Groß-Schnieden 100, Seehausen 100, Blankenburg 75, Faulbach 100, Braunschweig 400, Belpke 100, Alt-Barthau 100, Dessau 200, Kaiserlautern 200, München 600, Bloomberg 100, Zwischen 150, Bremen 150, Hannover 100, Eisen (Ruhr) 75, Geisnig 75, Birna 150, Überholz 50; Borsdorf 200, Quedlinburg 50, Dresden 200, Gladbeck 50, Weißensee 100, Stuttgart 200, Biebrich 70, Bensheim 100, Berlin 400, Münchhausen 100, Borsdorf 300, Rathenow 80, Weißkatz 100, Minden 50, Hagen (Westf.) 30, Cappenberg 100, Thorn 80, Tilsit 100, Niederrhein 60, Memel 60, Summa M. 515.

Altona, den 27. Februar 1892.

C. Reiß, Hauptkassier,

Friedrichsbaedderstr. Nr. 28.

Aufforderung.

Der Maurer Karl Ahrens aus Mecklenburg wird hierdurch aufgefordert, das von mir entliehenen Buch unverzüglich, längstens aber in 3 Wochen, wieder an mich abzuliefern, widerjedemfalls ich gegen ihn andere Maßregeln zur Anwendung bringen werde.

Gießenmünde. — S. Friedrich Meyer, Adolfsstr. 4.

Quittungsmarken

(Kantinenstempel)

sowie alle Druckarbeiten für Vereine und Kassen empfiehlt in unserer vorzüglicher Ausführung.

Conrad Müller, Druckerei & Grapfel, Preislisten gratis und franko.

Abonnement-Quittung.

Für das dritte Quartal 1891:

Delmenhorst, S. M. 23,40.

Für das vierte Quartal 1891:

Delmenhorst, S. M. 15,60 (1. Rate).

Für das erste Quartal 1892:

Schwerin, R. M. 2,80; Gnoien, B. 7,-; Starz, G. S. 1,10; Kräpelin, R. 11,70; Lauenburg (Elbe), G. — 70.

Joh. Stantag.

Versammlungs-Anzeiger

für die Mitglieder

des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

und verwandten Berufsgenossen.

Bergedorf. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus "St. Petersburg".

Berlin, I. (Bürger) Sonntag, den 6. März, Vor- mittags 11 Uhr, im Hotel "Bürgersäle", Dres- denerstraße 28.

Buxtehude. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 4 Uhr, im "Deutschen Hause".

Cöln a. Rh. Sonntag, Morgens 11 Uhr, bei W. Clemmer, II. Griechenstr. 69.

Cuxhaven. Sonnabend, den 6. März, Abends 6 Uhr.

Danzig. Dienstag, den 8. März, Abends 7 Uhr, im Vereinsbau, Röpergäßchen 24.

Dessau. Sonnabend, den 12. März, im "Goldenen Fasen", Marktstraße.

Dortmund. Samstag, den 12. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Blümmermann, Büttenbrückstraße 5.

Düsseldorf. Sonntag, den 6. März, Morgens 11 Uhr, bei W. Matthesen, Kaiserstraße 65.

Elberfeld. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Gerbrath, Bleiche 14.

Erfurt. Jeden Freitag, Abends 8 Uhr, bei Herrn Schramm, Gotthardstraße 44.

Gutin. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Strud, Am Markt, Maurerherberge.

Frankenhain (Küssnäcker). Sonntag, den 18. März, in "Bleibau".

Grevesmühlen. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Hoffmeister, Bismarschestr. 100.

Glückstadt. Sonnabend, den 12. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Minz, Am Markt.

Güstrow. Sonntag, den 6. März.

Hamburg. Jeden Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, im "Ehre's Gäßchen", Valentinstampe 41.

Harburg (Elbe). Donnerstag, den 10. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Peters, Karmapp.

Hersfeld. Sonnabend, den 5. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei W. Oberhans, Remonestraße.

Hilbeck. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 4 Uhr, im Hotel "Freie".

Holsten. Sonntag, den 13. März, Nachmittags 4 Uhr, im Hotel "Freie".

Kiel. Mittwoch, den 9. März, Abends 8 Uhr, im "Englischen Garten".

Liegnitz. Sonnabend, den 12. März, im "Haynauerstraße 7, Abends 8 1/2 Uhr".

Mainz. Sonntag, den 6. März, im Hotel "Weißes Löschchen", Hauptgasse.

Meldorf. Sonntag, den 6. März, bei Herrn Kästens.

Minden, I. W. Dienstag, Abends 5 Uhr, bei Herrn Wiedemer, Ritterstr. 18.

Mülheim a. d. Ruhr. Samstag, den 5. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Uebelhoff.

Münster. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Schneppel.

Nordenham. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Herrn Bower.

Nordhausen. Sonnabend, den 5. März.

Offenbach. Sonntag, den 6. März, Abends 6 Uhr, bei Herrn König in Alsfelden.

Offenbach. Jeden Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration P. Eiseimenger, Herrenstraße 46.

Pforzheim. Jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr im Hotel "Zur Einigkeit", Rennschnippe 12.

Pinneberg. Sonntag, den 6. März, bei Herrn Han- schild, Nachmittags 4 Uhr.

Posen. Sonntag, den 6. März, Mittags 12 Uhr, bei Herrn Stricker, Wernerstr. 18.

Preetz. Sonntag, den 6. März, Abends 7 Uhr, bei Herrn Kolter, Kirchenstr.

Quedlinburg. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 8 1/2 Uhr, im "Goldenen Adler".

Rendsburg. Sonnabend, den 5. März, bei Herrn Nebel, Herrnstraße 11.

Rostock. Mittwoch, den 9. März, bei Herrn Brandt, Beguinenberg 10, Abends 8 Uhr.

Schwanau. Sonntag, den 6. März, bei Herrn Staffert, Montag, den 7. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Thelemann.

Steinbeck. Sonntag, den 6. März, im Vereinslokal.

Stendal. Sonntag, den 6. März, Uchtfstraße 10.

Stuttgart. Montag, den 7. März.

Stuttgart. Sonntag, den 13. März, Morgens 10 Uhr, in der "Glocke", Leonhardiplatz.

Templin. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn E. Hilpert, Mariendorf, Uder- strasse 1.

Thor. Sonntag, den 6. März, im Vereinslokal.

Uetersen. Sonnabend, den 5. März, bei Herrn Taps.

Wandsbek. Dienstag, den 8. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Schleier, Udetstraße 56.

Waren. Sonntag, den 6. März, bei Herrn Helmrich.

Warsi. Sonntag, den 6. März, Nachmittags 5 Uhr

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt.

Auer & Co. in Hamburg.

